

fonction publique

numéro 259
décembre 2018
50^e année
paraît 6 fois par an



Nur wenige Tage nachdem die neue Regierung vereidigt wurde, fand die 52. CGFP-Vorstandskonferenz im gut gefüllten Festsaal des „Parc Hotel Alvisse“ in Dommeldingen statt.

Die Abkommen, die die CGFP mit der Regierung für den öffentlichen Dienst erziele, müssten auch in den „établissements publics“ umgesetzt werden, lautete eine der Kernbotschaften. Die Regierung, die sich im Vorfeld der Wahlen schriftlich zu diesem Prinzip bekannt habe, dürfe bei der staatlichen „Spuerkeess“ ihre politische Verantwortung nicht auf den Verwaltungsrat und die Direktion abwälzen, unterstrich CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger. Die erfolgreiche Protestkundgebung vor dem BCEE-Hauptsitz, zu der die CGFP und die APBCEE am 27. November 2018 aufgerufen hatten, sei der eindrucksvolle Beweis dafür gewesen, dass sich die CGFP von niemandem auseinanderdriften lasse.

Bereits zuvor hatte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff die von der Regierung angekündigte Abschaffung der Steuerklasse 1A begrüßt. Es bleibe jedoch abzuwarten, ob die nächste Steuerreform tatsächlich gerechter ausfalle als die vorige.

Des Weiteren ging Wolff auf die unzähligen Herausforderungen ein, die mit der unaufhaltsamen Digitalisierung einhergehen. Bei dem ganzen Umwandlungsprozess müsse der Mensch und nicht die Maschine im Mittelpunkt stehen. Claude Heiser, Erster Vizepräsident der CGFP, befasste sich seinerseits mit dem Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016. Die Abschaffung der 80/80/90-Regelung, die die CGFP erfolgreich durchsetzen konnte, trage wesentlich dazu bei, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern. Jetzt gelte es, die Einstellungspolitik beim Staat den aktuellen Anforderungen zeitgemäß anzupassen. In der kommenden „fonction publique“-Ausgabe werden wir Ende Januar ausführlicher darüber berichten.



PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Unvoreingenommen

Die Würfel sind also gefallen: Luxemburg hat gewählt, und seit wenigen Tagen sind sowohl die Zusammensetzung der neuen/alten Regierung als auch die Ressortverteilung unter Blau-Rot-Grün bekannt.

Dass die vorherige Regierung die Geschicke des Landes auch in der kommenden Legislaturperiode lenken wollte, falls das Wahlergebnis dies rein arithmetisch nur zulassen würde, war von vorneherein gewusst. Trotz programmatischer Unterschiede ist es denn auch gelungen, sich auf ein gemeinsames Regierungsprogramm zu einigen, auch wenn es dabei – so Verhandlungsteilnehmer hinter vorgehaltener Hand – mitunter zu turbulenten Diskussionen gekommen sei.

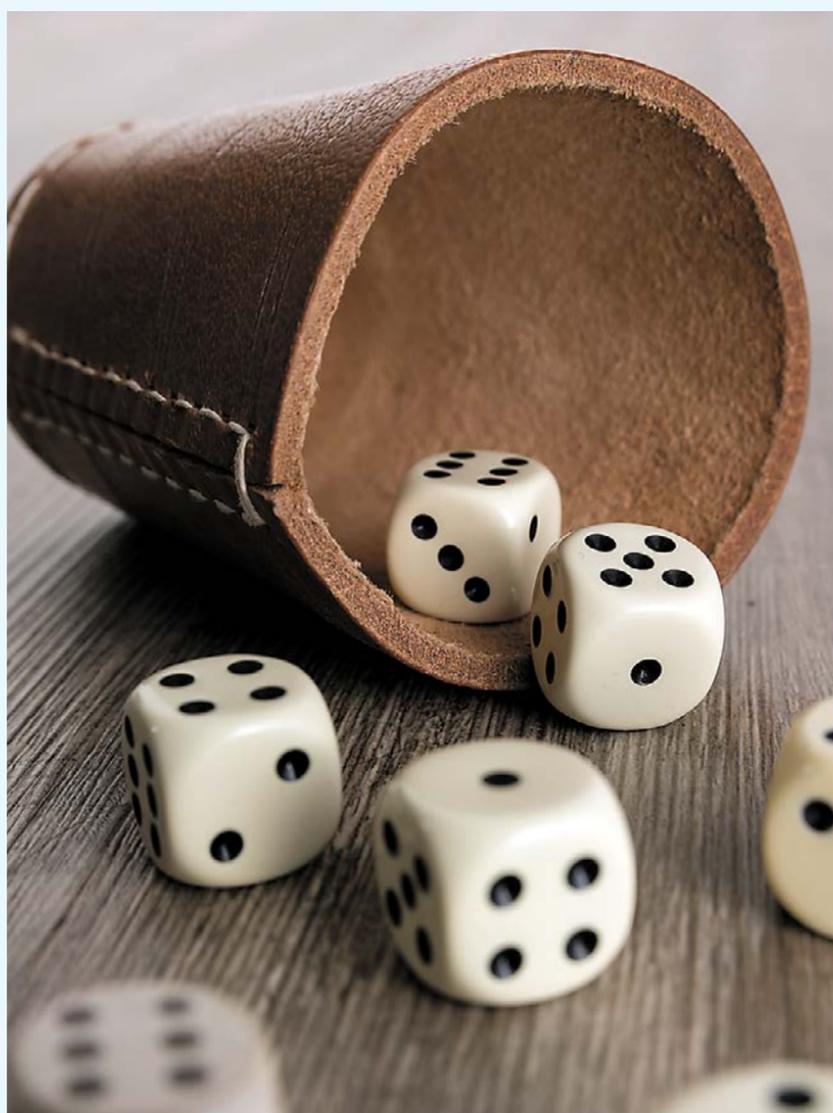
Noch am Wahlabend wurde die CGFP von Journalisten darauf angesprochen, ob sie sich denn eher eine Zweierkoalition oder die Fortführung des Dreier-Bündnisses wünschte. Die Antwort lag auf der Hand: Als ideologisch neutrale und parteipolitisch unabhängige Berufsorganisation kann die CGFP mit jeder Regierung zurechtkommen. Die Antwort hätte salopp und umgangssprachlich auch lauten können: ...kann die CGFP mit jeder Regierung hadern, falls dies denn erforderlich ist.

Nein, im Ernst: Ihre parteipolitische Unabhängigkeit, im Übrigen der Schlüssel zu ihrem Erfolg, bringt der CGFP den unumstrittenen Vorteil, jeder Regierung unvoreingenommen entgegenzutreten zu können, und das völlig unabhängig von deren parteipolitischer Zusammensetzung. Dabei müssen wir weder auf politische Empfindlichkeiten noch auf ideologische Feinsinnigkeiten achten.

Ja, prinzipiell können wir also jedem entgegenzutreten. Dabei sofort auf Konfrontationskurs zu gehen, ist sicherlich nicht unsere Absicht und schon gar nicht unsere Art. Die CGFP setzt ganz im Gegenteil auf einen konstruktiven Sozialdialog mit – im günstigsten Falle – am Ende einer Lösung, die sowohl den Erwartungen der öffentlichen Bediensteten als auch den Interessen des Landes gerecht wird.

Falls es allerdings – wie am Beispiel Staatssparkasse geschehen – nicht zu einem solchen Ergebnis kommen kann, und zwar, weil die Gegenseite zu keinerlei Zugeständnissen bereit ist, dann scheut die CGFP nicht davor zurück, den Ton auch schon mal zu verschärfen und, falls erforderlich, auf die ihr zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mittel zurückzugreifen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Das Beispiel Staatssparkasse hat aber noch eines ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, und zwar den Solidaritätsgedanken, der innerhalb der CGFP und ihrer über 60 Mitgliedsorganisationen be-



steht. Ganz nach dem Motto „Wer sich mit einem von uns anlegt, legt sich mit uns allen an“, waren am vergangenen 27. November zahlreiche CGFP-Fachverbände dem Protestaufruf von CGFP und APBCEE, der Berufsorganisation des Sparkassenpersonals gefolgt, um auf beeindruckende Art und Weise ihre Solidarität mit den BCEE-Beschäftigten zu bekunden. Ihnen allen von dieser Stelle aus ein herzliches Dankeschön dafür!

Dieser enge Zusammenhalt macht nicht nur unsere Stärke aus, sondern ist schlicht unerlässlich, um in solchen Situationen unserem Gegenüber die Stirn zu bieten. Wer sich mit einem von uns anlegt, legt sich nicht nur mit uns allen an, sondern muss vor allen Dingen auch damit rechnen, es mit uns allen zu tun zu bekommen. Und das ist doch das Entscheidende. Denn: Was sich heute in einem Bereich tut, kann sich morgen in anderen Teilen des öffentlichen Dienstes wiederholen. Und deswegen ist es ja auch so entscheidend, solche mehr als fragwürdigen Machenschaften erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Ungeachtet davon hat die CGFP hohe Erwartungen an die neue Regierung. Da wäre zunächst einmal das Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016, das ohne Verzug

in einen Gesetzestext gegossen und in der Abgeordnetenkammer verabschiedet werden muss. Kernpunkt dieses Abkommens ist bekanntlich die Abschaffung der unsäglichen 80/80/90-Regelung während des Praktikums. Damit diejenigen Praktikanten, die ihre „Stage“-Zeit bereits begonnen haben, noch weitestgehend in den Genuss dieser Bestimmung kommen, darf deren Umsetzung auf keinen Fall auf die lange Bank geschoben werden – auch dafür wird die CGFP Sorge tragen.

Ebenso wird die Abschaffung des in seiner jetzigen Form völlig sinnlosen Bewertungssystems im öffentlichen Dienst weiterhin ganz oben auf der Agenda stehen. Zum einen stehen Aufwand und Ergebnis in keinem Verhältnis zueinander. Und zum anderen macht ein derartiger, nach profitorientierten Gesichtspunkten ausgerichteter Mechanismus im öffentlichen Dienst, der sich zusehends als moderner Dienstleister versteht, nicht den geringsten Sinn!

Stichwort Gehälterstruktur im öffentlichen Dienst: Auch künftig wird die CGFP mit aller Entschlossenheit gegen Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, insbesondere der Einstiegsgehälter eintreten und sich stattdessen für eine kontinuier-

liche Entwicklung der Löhne und Gehälter stark machen.

Und wenn der Vorsitzende der Bankenvereinigung ABL behauptet, er kenne kein Land auf der Welt, wo der Unterschied zwischen den Gehältern in der Privatwirtschaft und denen im öffentlichen Dienst so groß sei wie in Luxemburg (vgl. „Luxemburger Wort“, Ausgabe vom 8. Oktober 2018) und gleich nochmal nachlegt, indem er beteuert, dass alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst (die Betonung liegt auf „alle“) Gehälter beziehen, die bis zu einem Drittel über denen der Privatwirtschaft liegen, entbehrt das jeglicher tatsächlichen Grundlage. Außerdem ist es einfach ein schlechter Stil, beide Sektoren – Privatwirtschaft und öffentlichen Dienst – auf diese Art und Weise nicht nur gegeneinander auszuspielen, sondern weiter auseinanderdriften zu lassen.

So etwas tut man nicht! Die CGFP jedenfalls ist sich vollends bewusst, dass es eine Verflechtung, ja, eine Wechselbeziehung zwischen beiden Sektoren gibt und hat sogar Wohlgefallen daran, wenn ihre Erfolge – wie erst kürzlich beim CET-Gesetz geschehen – auch eine Signalwirkung auf den Privatsektor haben. Gleiches gilt im Übrigen für den Index, der bereits in den 20^{er} Jahren des vorigen Jahrhunderts im öffentlichen Dienst eingeführt und erst Jahrzehnte später auf den Privatsektor übertragen wurde.

Darüber hinaus hat die CGFP aber auch Erwartungen an die neue Regierung, die weit über den öffentlichen Dienst hinausreichen. Das ist beispielsweise der Fall in der Steuerpolitik, wo wir uns eine gerechtere Verteilung der Steuerlast erwarten. Erwähnen könnten wir aber auch das Pensionssystem und das Gesundheitswesen, wo es für uns weder einen Grund für Beitragserhöhungen noch für Leistungsverlechterungen gibt.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Dabei ist eines auf jeden Fall gewiss: Diejenige Regierung – und derjenige Minister –, die dazu bereit sind, in den kommenden fünf Jahren eine vernünftige Politik, ganz im Interesse des Landes und im Sinne des öffentlichen Dienstes zu gestalten, können genau wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft darauf zählen, die CGFP als alleinige national repräsentative Berufsorganisation für den öffentlichen Dienst an ihrer Seite zu haben – und zwar als verantwortungsvolle und zuverlässige Sozialpartnerin. Ihren eigentlichen Auftrag, nämlich die Interessen ihrer Mitglieder und damit aller öffentlichen Bediensteten mit aller Entschlossenheit zu vertreten, wird die CGFP dabei niemals aus den Augen verlieren!

Steve Heiliger
CGFP-Generalsekretär

A woman with her hair in a bun, wearing a light blue polka-dot shirt, is holding a glowing, futuristic shield. The shield is made of bright blue and white light trails, giving it a high-tech appearance. She is looking directly at the camera with a serious expression.

Bâloise
Assurances

MOINS CHER MAIS PAS MOINS COUVERT

**SOLDE
RESTANT
DÛ**

Votre assurance solde
restant dû moins chère
Comparez les garanties

www.cgfp-assurances.lu

CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Nach der Protestkundgebung vor dem BCEE-Direktionsgebäude

Regierung und „Spuerkeess“ unter Zugzwang

CGFP und APBCEE erwägen weitere gewerkschaftliche Maßnahmen



Im Konflikt mit der Staatssparkasse hat sich der Ton verschärft. Die rund 1.800 BCEE-Mitarbeiter haben es satt, dass die Regierung und die Direktion nicht im Geringsten bereit sind, Zugeständnisse zu machen. Zum ersten Mal seit dem 162-jährigen Bestehen der „Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat“ haben rund 400 Demonstranten am 27. November 2018 auf der hauptstädtischen „Place de Metz“ vor dem Direktionsgebäude der Sparkasse ihrem Ärger Luft gemacht.

» Romain Wolff:
Da komme mer erëm! An dann zu vill méi!“

vermitteln. Dieser Werbespruch müsse auch für die BCEE-Belegschaft gelten, forderte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff.

Seit der Dienstrechtsreform im Jahr 2015 sind regelmäßige Beförderungen in sämtlichen Gehälterstufen der staatlichen Laufbahnen vorgesehen. Ausgerechnet Luxemburgs größte und traditionsreichste Bank, die stets Wert darauf legt, ihr Image als Musterschüler zu pflegen, tanzt also aus der Reihe. Dieses skandalöse Verhalten wirft mit Sicherheit kein gutes Licht auf den hiesigen Finanzplatz.

Es sei ein „Hohn“, dass die Staatsbank sich weigere, die großherzogliche Verordnung aus dem Jahr 1993 korrekt anzuwenden, erzürnte sich Romain Wolff: „Wenn Gesetze und Verordnungen nicht mehr wortgetreu umgesetzt werden, dann steht in Zukunft in allen öffentlichen Einrichtungen die Tür für Willkür weit offen.“

In der Mediation wurden auf Gewerkschaftsseite große Zugeständnisse gemacht. So schlugen CGFP und APBCEE beispielsweise vor, dass die Reformen von 2015 nicht in vollem Umfang auf die BCEE übertragen werden müssten, um somit die Besonderheiten der Sparkasse zu berücksichtigen. Des Weiteren wurde nicht mehr auf die Rückwirkung der Maßnahmen zum 1. Oktober 2015 gepocht. Die Regierung zeigte dennoch absolut kein Entgegenkommen. Die CGFP und die APBCEE haben anschließend auch die vom Mediator unterbreiteten Vorschläge verworfen, da diese zu 90 % die Forderungen der Regierung widerspiegeln.

APBCEE-Präsident Georges Dennewald dankte bei der Kundgebung allen Teilnehmern, die sich nicht von der Direktion einschüchtern ließen: „Es ist inakzeptabel, dass die BCEE-Direktion Sparmaßnahmen zu Lasten der Belegschaft durchzieht und somit einen Streik in Kauf nimmt.“ Aufgrund von willkürlichen, intransparenten Auswertungen würden manche Mitarbeiter schon jahrzehntelang auf ihre Beförderung warten.

Vor den Wahlen hatte das blau-rot-grüne Regierungsbündnis schriftlich zugesichert, dass alle Abkommen, die mit der CGFP unterschrieben werden, auch für die „établissements publics“ gelten. Ausgerechnet der Staat, der zudem noch alleiniger Eigentümer der Staatssparkasse ist, drücke sich nun vor seiner Verantwortung, betonte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff.

Die Protestkundgebung auf der „Place de Metz“ sei lediglich ein erster Warnschuss in Richtung Regierung gewesen, hieß es. Weitere gewerkschaftliche Aktionen würden bald folgen, falls sich die Gegenseite nicht im Geringsten bewege, schlussfolgerte Wolff: „Da komme mir erëm! An dann zu vill méi!“ Inzwischen wurden bereits die nächsten Schritte in die Wege geleitet: Die „Association du Personnel de la Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat“ hat kürzlich eine Umfrage gestartet, um die BCEE-Beschäftigten zu den Vorschlägen des Mediators zu befragen.

Max Lemmer



Die Staatssparkasse, die sich regelmäßig mit ihren Spitzenbewertungen bei den Ratingagenturen brüstet, steht nun mit dem Rücken zur Wand. Dabei handelt es sich zweifelsohne um hausgemachte Probleme: Seit mehr als drei Jahren weigern sich die Regierung und die BCEE-Direktion, die im Jahr 2015 in Kraft getretenen Reformen des öffentlichen Dienstes zufriedenstellend umzusetzen. Dies betrifft vor allem die seit Jahren ausstehenden Beförderungen. Schätzungen zufolge warten derzeit 600 bis 800 Mitarbeiter der „Spuerkeess“ vergeblich auf eine Beförderung, die ihnen schon seit Langem zusteht.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, riefen die Dachorganisation aller öffentlich Bediensteten (CGFP) und die Berufsorganisation der Sparkassen-Mitarbeiter (APBCEE) am 27. November 2018 zu einer erfolgreichen Protestkundgebung vor dem BCEE-Direktionsgebäude auf der „Place de Metz“ in Luxemburg-Stadt auf. Rund 400 Demonstranten haben diesem Aufruf Folge geleistet.

Zahlreiche Vertreter von weiteren CGFP-Mitgliedsorganisationen stärkten der BCEE-Belegschaft den Rücken. Die Botschaft war unmissverständlich: „Wer sich mit einem von uns anlegt, legt sich mit uns allen an“, lautete das Motto der Kundgebung. Bereits zuvor hatten der CGFP-Kooperationspartner FGFC, die Eisenbahngewerkschaft Syprolux, die Bankengewerkschaft Aléba und der OGBL ihre Solidarität bekundet.

Keine Angst vor Einschüchterungen

Bislang hat die Regierung dem BCEE-Personal die kalte Schulter gezeigt. Dies hinderte die Opposition jedoch nicht daran, das Thema aufzugreifen. Im Vorfeld der Kundgebung hatte David Wagner, Abgeordneter von Déi Lénk, diesbezüglich eine parlamentarische Anfrage gestellt, deren Dringlichkeitscharakter allerdings aus schleierhaften Gründen vom Parlamentspräsidenten verworfen wurde! Auch KPL-Präsident Ali Ruckert war bei der Protestaktion anwesend.

Nach der gescheiterten Schlichtungs- und Mediationsprozedur hat die Regierung (zumindest bis zum Redaktionsschluss) keine Kompromissbereitschaft erkennen lassen. Auf Tauchstation bleibt auch die BCEE-Direktion, der es scheinbar egal ist, dass ihre Mitarbeiter trotz jahrelangem, unermüdlichen Einsatz nichts vom Kuchen abbekommen. „Äert Liewen. Är Bank“, mit dieser Parole versucht die „Spuerkeess“ jeden Tag ein „Heile-Welt-Bild“ für die Kunden zu



Oben links (v.l.n.r.): CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger, CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und APBCEE-Präsident Georges Dennewald bemängelten in ihren jeweiligen Reden, dass die Regierung bei den Verhandlungen absolut kein Entgegenkommen gezeigt habe. Rund 400 Demonstranten nahmen an der Protestkundgebung teil.

Vor 20 Jahren: Generalstreik des gesamten öffentlichen Dienstes

Ein Rückblick auf bewegte Zeiten

Damalige Regierung im Pensionsstreit zum symbolischen Franken verurteilt

Mitte der 90er Jahre rückte hierzulande die Finanzierung der Altersvorsorge zunehmend in den Fokus. Die damalige CSV-LSAP Regierung hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Pensionen im öffentlichen Dienst den Renten im Privatsektor anzugleichen. Was folgte, war eine jahrelange Hetzkampagne gegen die öffentlich Bediensteten. Erworbene Rechte wurden mit Füßen getreten: Der Ausgleichsmechanismus („péréquation“) wurde abgeschafft und das traditionelle Pensionsystem (5/6) zerschlagen. Der erbitterte Sozialkonflikt gipfelte am 21. Juli 1998 in einen Generalstreik des gesamten öffentlichen Dienstes. Der Widerstand der CGFP erwies sich als rechtens. Vor Gericht wurde die schwarzrote Mehrheit wegen Wort- und Vertragsbruchs zum damals symbolischen Franken verurteilt.



Der damalige CGFP-Generalsekretär Joseph Daleiden hielt eine kämpferische Rede anlässlich der großen Protestkundgebung am 21. Juli 1998 auf dem „Knuedeler“ vor 20.000 Demonstranten.

Sich in die damalige Lage zu versetzen, bedeutet das Rad der Zeit zurückzudrehen. Alles begann 1994, als der damalige CSV-Parteipräsident Jean-Claude Juncker am Wahlabend vor die Mikrofone trat und verkündete, er wolle alle Hebel in Bewegung setzen, damit die ADR – an deren Geburtsstunde Teile der LW-Redaktion standen – von der politischen Bildfläche verschwinde. Nach dieser Aussage gelangten viele Beobachter zum Schluss, dass Juncker für Verbesserungen im Rentenwesen eintreten werde, um der ADR den Wind aus den Segeln zu nehmen und ihr somit die Daseinsberechtigung zu entziehen.

Relativ schnell zeigte sich jedoch, dass Juncker noch ganz andere Ziele verfolgte. Indem er der Rentenfrage einen ganz besonderen Stellenwert einräumte, wollte der CSV-Vorsitzende im Privatsektor neue Wählerschichten für seine Partei begeistern. Es stellte sich allerdings heraus, dass Juncker nicht die Absicht hatte, für Rentenverbesserungen im Privatsektor einzutreten. Aus parteipolitischen Überlegungen heraus, forderte er jedoch Kürzungen der Pensionen im öffentlichen Dienst.

Die Diskussion über die künftige Finanzierung der Altersvorsorge dürfe keinen Neid schüren, hieß es damals aus CSV-Kreisen. Doch genau das Gegenteil trat ein. Es folgten heftige politische Auseinandersetzungen, die oft in persönlichen Angriffen ausarteten. Dieser Trend verstärkte sich im Januar 1995. Staatsminister Jacques Santer stellte sich als EU-Kommissionspräsident einer neuen Herausforderung in Brüssel. Der damalige Arbeitsminister Jean-Claude Juncker, dem das seiner Ansicht nach „privilegierte Pensionssystem im öffentlichen Dienst“ ein Dorn im Auge war, leitete von nun an als Nachfolger vom bedachtamen Ex-Premier Santer die Geschicke des Landes.

Der frisch ernannte Regierungschef schritt sofort zur Tat und machte Nägel mit Köpfen. Noch im selben Jahr schreckte seine Regierung nicht davor zurück, das auf dem Alimentationsprinzip beruhende 150 Jahre alte Pensionsregime der Staatsbediensteten in ein beitragspflichtiges System umzuwandeln. Ferner wurde der Ausgleichsmechanismus („péréquation“) abgeschafft.

Dies führte dazu, dass eine von der CGFP ausgehandelte lineare Gehaltserhöhung für die aktiven Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ab sofort nicht

mehr automatisch eine Angleichung der Pensionen nach sich zog. Anstelle der Péréquation trat die Anpassung der Pensionen an die allgemeine Lohnentwicklung („ajustement“) ein. Steigt die allgemeine Lohnentwicklung beispielsweise um zwei Prozent, werden auch die Pensionen in der gleichen Größenordnung nach oben angepasst. Dieser Fall tritt im Prinzip alle zwei Jahre in Kraft, eine Formel, die am Vorbild der Péréquation zu Gunsten des Privatsektors eingeführt worden war.

In einem unerbittlichen Kampf hatte sich die CGFP damals gegen die Zerschlagung des öffentlichen Pensionsregimes aufgelehnt. Keines der zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mittel blieb ungenutzt. Die Schlichtungs- und Vermittlungsprozedur blieben erfolglos. Auch die großangelegte Protestkundgebung vom 24. Oktober 1994, die am folgenden 15. Dezember 1995 in einen Warnstreik mündete, brachte die Regierung nicht von ihrer sturen Haltung ab.

Pläne im stillen Kämmerlein ausgebrütet

Die Tatsache, dass alle öffentlich Bediensteten seit ihrem ersten Dienstantritt jeden Monat einen finanziellen Beitrag zur späteren Anwendung der Péréquation geleistet hatten, blendete die Regierung völlig aus. Der umstrittene Gesetzesentwurf, der gesicherte Pensionsrechte mit einem Federstrich abgeschafft hat, wurde in der Nacht zum 20. Dezember 1995 von der CSV-LSAP-Mehrheit mit tatkräftiger Unterstützung der ADR verabschiedet. In einer memorablen Nachtsitzung des Parlaments, die an gehässigen Ausfällen seitens verschiedener Mehrheitssprecher nicht zu überbieten war, wurde das entsprechende Gesetz verabschiedet.

Zum Jahresbeginn 1995 im Zuge des Regierungswechsels hatte die CGFP bereits den Verdacht geschöpft, dass die Aufhebung der Péréquation lediglich den Beginn einer Serie von einschneidenden Maßnahmen darstellte. Diese Befürchtung erwies sich leider bald als durchaus begründet. In regelmäßigen Abständen wies die Regierung anhand fadenscheiniger Argumente darauf hin, dass angesichts der rasanten demografischen Entwicklung die Finanzierung der beiden Pensionsregime künftig ins Wanken geraten werde, getreu nach

Jean-Claude Junckers Motto „well dat alles mat Sécherheet esou kënn, renne mer mat Sécherheet an eng Mauer.“

Die Anzeichen dafür, dass nach der Abschaffung der Péréquation das dicke Ende für die öffentlich Bediensteten noch bevorstehe, mehrten sich. Die Regierung gab eine aktuarielle Studie in Auftrag, die Erkenntnisse über die weitere Vorgehensweise liefern sollte. Auf Anfrage der Regierung bezog die CGFP im April 1996 Stellung zu der besagten Studie.

Die von der CGFP angeführten Überlegungen fanden jedoch bei der Regierung absolut kein Gehör. Die aktuarielle Studie diente lediglich als Alibi. In Wirklichkeit waren die Würfel längst gefallen. Die CSV-LSAP-Regierung weigerte sich, Transparenz walten zu lassen. Sie hatte ihre Pläne längst im stillen Kämmerlein hinter verschlossenen Türen ausgebrütet, ohne die einzige national repräsentative Gewerkschaft im öffentlichen Dienst auch nur ansatzweise mit einzubeziehen.

Bei der Vorstellung der Regierungspläne wurden die Sozialpartner vor vollendete Tatsachen gestellt. Der Knackpunkt der bevorstehenden Reform war die Abschaffung des 5/6-Pensionssystems. Die Regierung sprach sich dafür aus, die künftigen Pensionen nicht mehr aufgrund des letzten Gehalts zu errechnen, sondern die ganze Berufslaufbahn dabei zu berücksichtigen, so wie es bereits zuvor im Privatsektor gehandhabt worden war. Dem Privatsektor sollten im Übrigen alle Argumente vorweggenommen werden, künftig weitere Rentenverbesserungen zu fordern. Ferner

weigerte sich die Koalition, die automatische Péréquation wieder einzuführen. Schlimmer noch: Den Pensionierten des öffentlichen Dienstes stehe die zum 1. Januar 1997 vorgesehene Rentenerhöhung von 3,2 % nicht zu, hieß es weiter.

Die Gewerkschaften, allen voran die CGFP, waren erbost über den dreisten Sozialabbau. Die Machthaber verübten nicht nur Wahlbetrug, sie machen sich zum „Totengräber der traditionellen öffentlichen Funktion“, hieß es 1996 in der Dezember-Ausgabe der CGFP-Gewerkschaftszeitung „fonction publique“.

Ein Einlenken seitens der Regierung war nicht in Sicht. Im Gegenteil! In seiner Erklärung zur Lage der Nation am 7. Mai 1997 schürte Premierminister Jean-Claude Juncker Angst vor der Zukunft der Rentenversicherung, indem er mit rhetorischem Getue vor der ominösen Rentenmauer warnte: „Wir werden mit Karacho gegen eine Mauer laufen. Diese Mauer wartet auf uns am 1. Januar 2015.“

Nach und nach wurde immer deutlicher, dass es der Regierung nicht um die Lösung von langfristigen Finanzierungsproblemen ging. Auch die Reformen auf Verwaltungsebene hin zu einem vorgeblichen, effizienteren öffentlichen Dienst waren für die Koalition eher von zweitrangiger Bedeutung. Vielmehr zielte das schwarzrote Tandem darauf ab, das Statut der öffentlich Bediensteten skrupellos auszuhöhlen.

Die LSAP, die damals mit der CSV eine Koalition bildete, ging auf Tauchstation. Statt sich gegen den gravierenden Sozialabbau zu wehren, setzten die Sozialis-



Für den damaligen Premierminister Jean-Claude Juncker und seine Parteikollegen wurde die Ankunft auf der „Place Guillaume“ zu einem Spießbrutenlauf.



Kurz vor dem Scheitern des Schlichtungsverfahrens unterbreitete die CGFP-Spitze um Generalsekretär Joseph Daleiden einen neuen Vorschlag, der jedoch im Mehrheitslager kein Gehör fand.



Mit dem Rücken zur Wand: Für den damaligen CSV-Minister des öffentlichen Dienstes, Michel Wolter, wird die Protestkundgebung ewig in Erinnerung bleiben.



Fortsetzung von Seite 7

artig fragwürdige Resolution zu unterstützen. An die Regierung appellierte Grethen, auf die Abstimmung des umstrittenen Textes zu verzichten. Rücken- deckung erhielt er dabei von François Bausch. Der grüne Fraktionssprecher kanzelte die Resolution als lächerlich ab. Die Zivilklage der CGFP sei sehr wohl gegen die Regierung, nicht aber gegen das Abgeordnetenhaus gemünzt. Die Resolution stelle eine Attacke auf die gewerkschaftlichen Freiheiten dar und müsse daher unweigerlich zurückgezogen werden, so Bausch.

Die Mehrheit setzte sich jedoch über diese Bedenken hinweg. Die anfechtbare Resolution wurde schließlich mit 42 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen verabschiedet. Die heftigen Debatten, die im Vorfeld der Abstimmung stattgefunden hatten, waren lediglich ein Vorgeschmack auf das, was in den kommenden Wochen folgte. Das diesbezügliche Protestschreiben der CGFP an den Präsidenten der Abgeordnetenkammer vom 13. Juli 1998 blieb unbeantwortet.

Protestkundgebung mit 20.000 Teilnehmern

Die CGFP setzte sich gegen die von der CSV-LSAP-Regierung betriebene Sozialdemontage zur Wehr. Zusammen mit ihrem Kooperationspartner FGFC sowie der FSFL, dem Landesverband und der FCPT rief die CGFP zu einem Streik im gesamtöffentlichen Sektor (Staat, Gemeinden, Bahn und Post) auf.

Die Arbeitsniederlegung richtete sich gegen die Zerstörung des öffentlichen Pensionsregimes, gegen die rückwirkende Ausradierung bestehender Rechte, gegen die Aushöhlung gewerkschaftlicher Errungenschaften und gegen den schwerwiegenden Wort- und Vertragsbruch seitens der Regierung. Zu den Kernforderungen gehörten die Integrität des statutarischen Dienstrechts, die Achtung der Gewaltentrennung sowie die Gewährleistung der im Grundgesetz festgeschriebenen Gewerkschaftsrechte.

Rund 20.000 öffentlich Bedienstete leisteten dem Aufruf ihrer Berufsorganisation Folge und blieben am 21. Juli 1998 ihrem Arbeitsplatz fern, um somit gegen den Pensionsklau, gegen die Dialogunfähigkeit und gegen die Provokationen der Regierung zu protestieren. Die zentrale Protestkundgebung auf der Place Guillaume („Knuedler“) war ein wahrer Erfolg: Mehr als 20.000 Gewerkschaftsmitglieder nahmen daran teil.

In seiner Eröffnungsansprache betonte der damalige CGFP-Nationalpräsident Emile Haag, der Privatsektor müsse sich bewusst sein, dass ihm nicht gedient sei, wenn der öffentliche Dienst zur Ader gelassen werde. „Wir garantieren denen, die uns mit diesem unheilvollen Gesetz ‚beglücken‘, der Regierung und ihren willigen parlamentarischen Komplizen und Marionetten, dass wir diesen Tiefschlag nicht vergessen werden“, fuhr Haag fort und richtete

den eindringlichen Appell an alle, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen.

Noch deutlicher wurde der damalige CGFP-Generalsekretär Joseph Daleiden in seinen Ausführungen. Obwohl die CGFP stets zu Kompromissen bereit gewesen sei, habe die Regierung alle Gegenvorschläge eiskalt abgeschmettert. Nachdem die Perequation bereits der Vergangenheit angehöre, werde nun das ganze statutarische Pensionsregime abgeschafft. Was auch immer die Regierung und der Staatsrat behaupten würden, ein rechtsgültiger Vertrag sei zu respektieren.

„Zerstörtes Vertrauen ist nicht wieder gutzumachen“

Beim Grundsatz „Pacta sunt servanda“ handele es sich nicht um eine Floskel, sondern um eine wichtige Rechtsnorm, unterstrich Joseph Daleiden. Gegenüber der Regierung und den Mehrheitsparteien sprach er diese Warnung aus: „Auch, wenn sich beide – allen demokratischen Spielregeln zum Trotz – über dieses Aufbegehren hinwegsetzen sollten, so dürfte das, was sie an Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Partnerschaft zerstören, nicht mehr gutzumachen sein.“

Der Aktionstag auf dem „Knuedler“ brachte einmal mehr auf überzeugende Art und Weise den Beweis, dass der öffentliche Dienst zu jeder Zeit seine Mitglieder mobilisieren kann, sagt Joseph Daleiden, wenn er heute auf die Ereignisse von damals zurückblickt. Diese Tatsache sollten die Politiker bei ihrem Handeln stets im Hinterkopf behalten.

Für die Volksvertreter, die damals aus den bereits angetretenen Ferien zurückbeordert worden waren, um in einer eilends einberufenen Sondersitzung des Parlaments den unrühmlichen „Staatsakt“ zu vollziehen, wurde ihr Eintreffen auf dem „Knuedler“ zu einem Spießbrutenlauf.

Nachdem die Sprecher der sektoriellen Fachorganisationen bei der Protestkundgebung das Wort ergriffen hatten, überreichten die Vertreter des gewerkschaftlichen Aktionskomitees eine Petition an den Parlamentspräsidenten Jean Spautz mit der Aufforderung, den höchst umstrittenen Reformtext zur Abschaffung des 5/6-Pensionssystems zurückzuziehen und die Verhandlungen wiederaufzunehmen.

Leider blieben alle diese Bemühungen wirkungslos: Unter dem wütenden Protest der öffentlich Bediensteten erteilte das provisorisch im Stadthaus Luxemburg tagende Parlament noch am gleichen Tag den Regierungsvorschlägen grünes Licht. Der Gesetzentwurf zur Abschaffung des traditionellen Pensionssystems im öffentlichen Dienst wurde mit den 42 Stimmen von CSV, LSAP und ADR gutgeheißen. Lediglich der CSV-Abgeordnete Alphonse Theis – ein treues CGFP-Mitglied – enthielt sich. Die DP und die Grünen erteilten dem Vorhaben geschlossen eine Abfuhr.

Anlässlich der groß angelegten Protestkundgebung auf dem „Knuedler“ hatte CGFP-Generalsekretär Joseph Daleiden in Bezug auf die CGFP-Klage gegen die Regierung die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass es in Luxemburg noch Richter gebe, die unbeeindruckt vom parteipolitischen Geschehen über die notwendige Unabhängigkeit verfügen, um Recht zu sprechen. Joseph Daleidens Vermutung erwies sich als richtig.

Erst später erhielt die CGFP vor Gericht Genugtuung. Die Richter verurteilten die damalige Regierung wegen Worts- und Vertragsbruchs zum symbolischen Franken. Für Joseph Daleiden, den der Sozialkonflikt in den Jahren 95-99 sehr geprägt hat, ist dieses Urteil noch heute ein Beweis dafür, dass der Widerstand der CGFP rechtens war. Dabei bleibt die Frage im Raum, ob die damaligen Regierungsmitglieder, aufgrund ihrer Verurteilung nicht die politischen Konsequenzen hätten ziehen müssen (Wiedergutmachung oder ...).

Max Lemmer

Les modalités du compte épargne-temps

Par une loi du 1^{er} août 2018, le législateur a introduit un instrument d'aménagement du temps de travail en fixant les conditions et modalités d'un compte épargne-temps dans la Fonction publique tel qu'il résulte des négociations de l'accord salarial du 5 décembre 2016 conclu entre le Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative et la CGFP.

À compter du 1^{er} octobre 2018, les agents de l'Etat ont, dorénavant, la possibilité d'affecter automatiquement et/ou à leur demande certains éléments prédéfinis par cette loi et de les épargner afin de les utiliser dans la limite du cadre légal.

Outre ce nouvel instrument, le législateur n'a pas manqué de modifier le statut général des fonctionnaires de l'Etat en y insérant et précisant, entre autres, les dispenses de services.

Ci-après les modalités d'application du CET :

Alimentation du compte épargne-temps

Agents de l'Etat: alimentation en heures et minutes

Enseignants: alimentation en leçons (1 leçon = 2 heures de travail prestées)

Éléments affectés automatiquement au CET

- La partie du congé de récréation excédant 25 jours dans la mesure où ces jours de congé n'ont pas été pris au courant de l'année écoulée;
- Les heures de travail prestées dans le cadre de l'horaire mobile qui, à la fin du mois, dépassent la durée normale de travail.

Éléments affectés à la demande de l'agent

- La partie du congé de récréation correspondant à 25 jours qui n'a pu être accordé à l'agent dans l'année en cours à cause d'une absence prolongée pour raisons de santé;
- Le congé de compensation prévu à l'article 19 du statut général (*heures supplémentaires accordées selon la procédure prévue, si le total mensuel de celles-ci dépasse le nombre de huit, les huit premières sont compensées moyennant un congé de compensation, le restant est indemnisé suivant les dispositions de l'article 23*);
- Les leçons supplémentaires des enseignants à concurrence d'un maximum annuel de 20 % de leur tâche moyenne de base de l'année concernée;
- Le congé de reconnaissance attribué dans le cadre du système d'appréciation des performances professionnelles (*dans le système de gestion par objectifs qui s'applique à partir du dernier grade du niveau général pour le passage au niveau supérieur ainsi que pour chaque promotion ou avancement assimilé à une promotion dans le niveau supérieur*).

Utilisation du CET

Le congé CET est accordé par le chef d'administration, sur demande de l'agent – sous condition que les nécessités du service ne s'y opposent pas.

Utilisation d'office:

Compensation à la fin du mois du solde négatif éventuel par rapport à la durée mensuelle de travail prévue par le statut général.

Si le CET est insuffisant à la fin du mois afin de compenser ce solde négatif:

Imputation sur le congé de récréation de l'année en cours, à défaut, imputation sur le traitement de l'agent.

Conservation du CET

L'agent reste titulaire du même CET et des droits en déroulant dans les cas ci-après:

- En cas de changement d'affectation;
- En cas de changement de fonction;
- En cas de changement d'administration;
- En cas de détachement (si détachement auprès d'un organisme international: CET tenu en suspens);
- En cas de changement de statut: employé de l'Etat qui devient fonctionnaire et vice-versa.



Limites du CET

Agents de l'Etat:

- ne peut dépasser une année;
- est limité à 1.800 heures.

Enseignants:

- cumulé avec les vacances scolaires ne peut dépasser une année scolaire;
- est limité à 900 leçons.

Tout excédent est limité sans contrepartie.

Liquidation du CET

En cas de cessation des fonctions au service de l'Etat:

La rémunération correspondant au solde du temps épargné est versée à l'agent au moment de son départ sous forme d'une indemnité non pensionnable.

Calcul: 173 heures ou 86,5 leçons du CET correspondent à un mois de rémunération.

La valeur du point indiciaire applicable est celle au moment du versement de l'indemnité.

En cas de décès de l'agent:

Indemnité versée aux ayants droits.

Dispositions transitoires

- quid des jours de congé non-pris ou reportés ainsi que du solde de l'horaire mobile de travail?
 - affectation automatique au CET.
- quid en cas de dépassement éventuel de la limite de 1800 heures respectivement de 900 leçons?
 - les heures et leçons dépassant la limite précitée doivent être utilisés durant un délai de 5 ans à compter du 1^{er} octobre 2018;
 - à défaut, les heures et leçons seront supprimées sans contrepartie.
- quid de l'indemnisation des heures et leçons prestées en cas de cessation des fonctions endéans la période de 5 ans à compter du 1^{er} octobre 2018?
 - indemnisation des heures et leçons prestées sans application de la limite de 1800 heures respectivement de 900 leçons.

Dispenses de service considérées comme temps de travail

Dispenses de service proportionnelles à la tâche

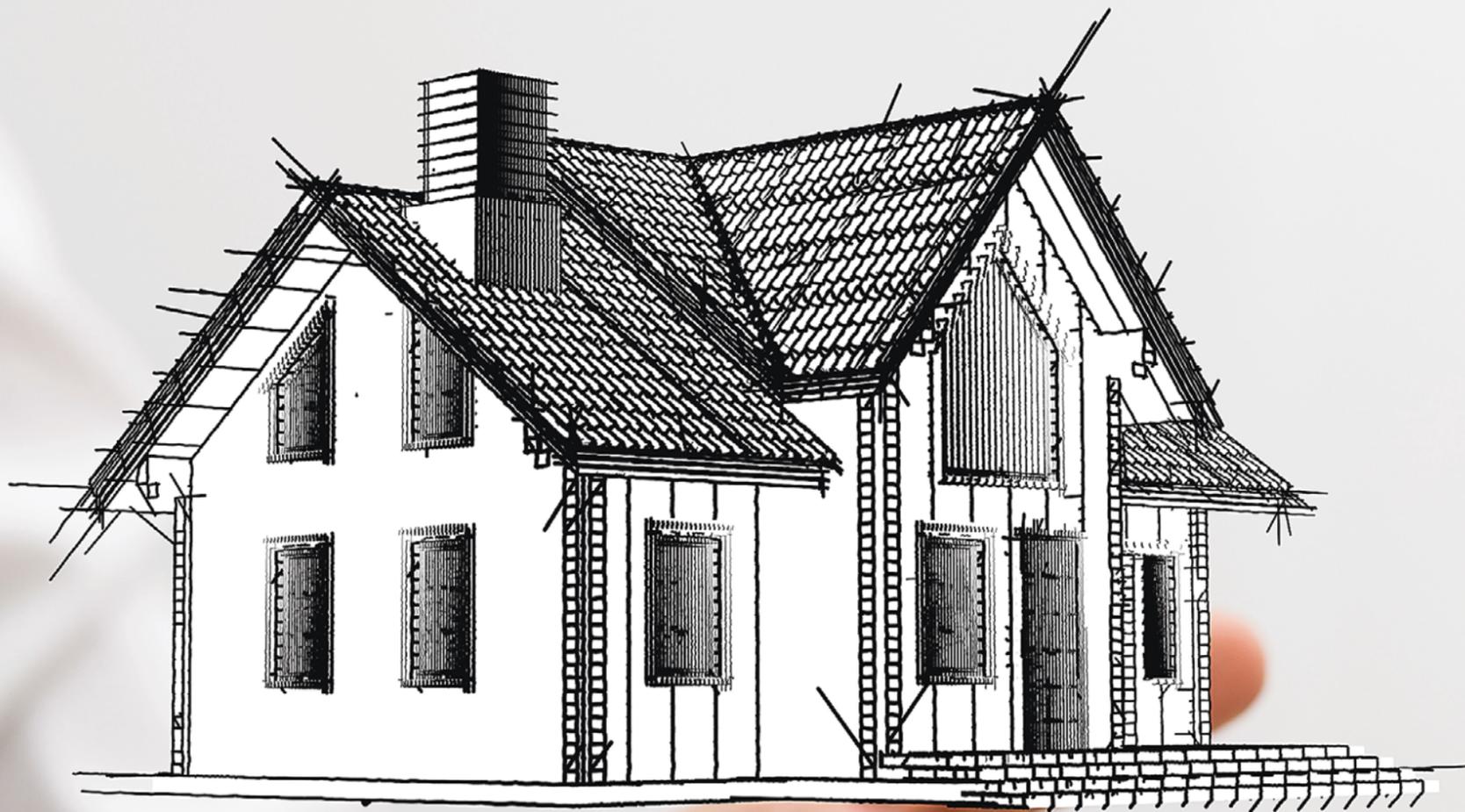
Consultations de médecin et les soins prescrits par un médecin et pris en charge par la Caisse nationale de santé	Limitées à 2 heures au maximum par consultation Exception si le dépassement de cette limite est certifié par le médecin ou le prestataire de soins
Convocations pour le contrôle technique obligatoire d'un véhicule immatriculé au nom du fonctionnaire	Limitées à 2 heures au maximum par an – une voiture par agent
Visites aux administrations étatiques ou communales dont les heures d'ouverture correspondent aux heures de travail du fonctionnaire	Limitées à 4 heures par an
Temps de préparation à l'examen de fin de stage, à l'examen de promotion et à l'examen de carrière (à l'exception des examens d'ajournement)	Limité à 2 jours au maximum par session d'examen

Dispenses de service non-proportionnelles à la tâche

Convocations judiciaires	Aucune limite dans le temps
Devoirs civiques	Aucune limite dans le temps
Dons de sang	Limités à 4 heures par prélèvement
Dispenses de service que le chef d'administration peut accorder à titre exceptionnel et pour des raisons dûment justifiées	Ces dispenses sont répertoriées dans un registre qui est transmis une fois par an au Centre de gestion du personnel et de l'organisation de l'Etat (CGPO).
Congé paternité, actuellement 4 jours, passe rétroactivement au 1^{er} janvier 2018 à 10 jours à partir du moment où le texte en question sera approuvé.	Naissance d'un enfant: 10 jours Adoption d'un enfant: 10 jours

Nous vous conseillons, lors de l'introduction de votre demande de dispense de service, de présenter les pièces à l'appui.

CGFP-Baukredit



Ihr Vorteil:

Ein **Direkt**-Abschluss Ihres Bausparvertrages bei der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement, der Fach-einrichtung der Berufsorganisation des öffentlichen Dienstes, sichert Ihnen den landesweit schnellsten und günstigsten Kredit. Für unverbindliche, vertrauliche und kompetente Beratung:

Tel.: 47 36 51

CGFP  **Logement**

Hilfe! Die Rentenmauer rennt uns weg!

Ein kleiner Wegweiser durch eine komplexe Materie

Als die Rentenmauer 1997 beim Sozialabbau im staatlichen Pensionssystem erstmals erwähnt wurde, war sie für den Zeitraum vom 2015 bis 2017 angekündigt worden:

„Déi verlängert Liewensdauer bedeit, datt mer am Joer 2015 am Privatsecteur 39 Prozent vun de Paie mussen opbréngen, fir d'Rente kënnen ze bezuelen (...) Well dat alles esou kënn, well dat alles mat Sécherheet esou kënn, renne mer mat Karacho an eng Mauer. Déi Mauer waart op eis an 20 Joer.“ (Auszug aus der Rede zur „Lage der Nation“ des Staatsministes im Jahre 1997)

Mehr als 20 Jahre später hat es, trotz der angeblich sicheren Prognose, noch immer nicht gekracht. Statt auf Null zu sinken, erreichen die Pensionsreserven inzwischen 18 Milliarden € und steigen jährlich weiter rapide an, während laut amtlicher Berechnung die Rentenmauer nun für 2053 erwartet wird.

Bei der politischen Debatte über die angebliche Notwendigkeit eines maximalen Wachstums der Luxemburger Wirtschaft geht es grundsätzlich um die langfristige Belastbarkeit unserer Sozialversicherung und unseres Wohlstandes, also nicht zuletzt um eine dauerhafte Absicherung der Renten und Pensionen.

Zwar stimmt es offensichtlich, dass unser hoher, sozialer Wohlstand nicht erhalten werden kann, ohne ein solides und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Dass jedoch zu Gunsten einer überspitzten Produktivitätssteigerung alle anderen sozialen und menschlichen Erwägungen über Bord zu werfen wären, das ist eine rein ideologische Haltung, welche bestimmte Lobbyisten mit hohem Aufwand politisch durchsetzen wollen. Sie ist unbedingt kritisch zu hinterfragen und zu relativieren.

Natürlich verteidigen Gewerkschafter die beachtlichen sozialen Errungenschaften, die sie für die schaffenden Menschen erkämpft haben und deren Erhalt sie auf Jahrzehnte hinaus verlangen. Und dies obschon (oder gerade weil) die Menschen ständig älter werden und daher länger eine Rente beziehen werden, so dass die Zahl der Pensionäre auf absehbare Zeit dauerhaft anwachsen wird.

Wenn jetzt aber unbegründete Zukunftssängste geschürt werden, indem man eine imaginäre Rentenmauer in Aussicht stellt, einzig und allein um einen massiven und unverzüglichen Sozialabbau zu fordern, dann spielen wir nicht ohne Widerspruch mit. So lobenswert es ist, sich um die Absicherung der Zukunft zu bemühen, desto verwerflicher und demagogischer ist ein unverantwortli-

Die Rentenmauer symbolisiert den Zeitpunkt, wo die Pensionsreserven des „régime général“ aufgebraucht sein werden. Ursprünglich wurde sie für die Jahre 2015-2017 erwartet. Den letzten amtlichen Berechnungen zufolge steht uns die Rentenmauer nicht 2031, sondern 2053 bevor. Die vorherigen Hypothesen erwiesen sich als unrealistisch. Über diese spektakuläre Anpassung wurde in der Öffentlichkeit wenig Wirbel gemacht.

ches Jonglieren mit Zahlen, bei dem das düstere Ergebnis längst vorgegeben ist, bevor die Rechnerei beginnt.

Die ominöse Rentenmauer ist eine symbolische Darstellung von Zukunftspropheten, die uns weismachen wollen, dass die (derzeit stark anwachsenden) Reserven unseres Rentensystems später einmal rückläufig sein werden, da es dann mehr Rentner geben wird die Geld aus dem Pensionstopf beziehen als Erwerbstätige, die darin einzahlen. Dieser These zufolge werden die Rücklagen so lange schrumpfen, bis die angehäuften Rückstellungen gänzlich aufgebraucht sind. Wenn die rückläufigen Einzahlungen nicht mehr für die wachsenden Auszahlungen ausreichen, können die Renten dann teilweise nur noch auf Pump ausgezahlt werden.

Das Kalkül des Unberechenbaren

Laut dieser Einschätzung wird Luxemburg zu diesem Zeitpunkt mit voller Wucht in die Rentenmauer krachen, um dann, wenn man es denn so weit kommen lässt, in einem Strudel von genereller Verschuldung unterzugehen. In welchem Jahr dieses Sozialdesaster zu erwarten ist, also wo die virtuelle Mauer genau stehen wird, das wurde anhand einer sogenannten Zukunftsprojektion berechnet.

Dies ist eine rechnerische Fortschreibung der jetzigen Wirtschaftslage über Jahrzehnte hinweg. Dabei geht man von den jüngsten wirtschaftlichen, finanziellen und demografischen Zahlen aus, wie etwa den Geburts- und Einwanderungsraten oder der durchschnittlichen Lebenserwartung, und man macht alle erforderlichen, zusätzlichen Annahmen über deren abzusehende Veränderung in der nahen und fernen Zukunft.

Aus allen statistischen Erwartungen für das Wirtschaftswachstum, die Entwicklung der Wohn- und Erwerbsbevölkerung, die Zinsrenditen der Pensionsreserven, usw., berechnen die Computer dann, wie sich die Rentenreserven in zehn, 20 oder 30 Jahren entwickeln werden.

Zu ambitionierte Propheten

Nun wissen wir nur allzu gut, dass die Experten uns heute nicht einmal klar sagen können, wie die Wirtschaftsdaten 2017 ausgesehen haben, beispielsweise die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes, geschweige denn, dass sie uns halbwegs verlässlich voraussagen können, wie es für 2018 oder 2019 aussieht. Und deswegen wird einem klar, was man von präzisen Zukunftsstatistiken über einen längeren Zeitraum hinweg halten soll.

Niemand weiß, wie sich das Wachstum

und die Einwanderung mittel- (drei bis fünf Jahre) und langfristig (15 bis 30 Jahre) entwickeln werden. Und genauso wenig ist ernsthaft abzusehen, wie sich das Zinsniveau und die Wertpapierrenditen entfalten werden. Abzuwarten bleibt zudem, wie die Grenzgänger auf die immer länger werdenden Staus reagieren werden. Ungewiss bleibt auch, welche internationalen Marktverschiebungen sich für unsere Exporteure ergeben als positive oder negative Folgen der anhaltenden EU-Harmonisierungen, der fortschreitenden Digitalisierung, des zunehmenden Protektionismus und der unerwarteten geopolitischen Konflikte.

Die Fachleute, die ihre Rechner mit dem enormen Zahlensalat füttern, sind sich dessen selbstverständlich bewusst. Dementsprechend relativieren sie auch unzweideutig in ihrem wissenschaftlichen Kleingedruckten die anfechtbare Solidität ihrer Ergebnisse. Die Politmanager aber begnügen sich in ihren Medienauftritten mit dem einen oder anderen vagen Hinweis, etwa auf die „Sensibilität der verwendeten Hypothesen“. (Im Klartext: Das Ergebnis verändert sich absolut dramatisch, sobald man die Finanzrendite der Reserven des Pensionssystems um einen oder zwei Prozentpunkte nach oben oder nach unten verschiebt.)

Mathematisch legitimes Flunkern

Die Lobbygruppen blenden dies bei ihrer Propagandaschlacht aus. Auch in der Presseberichterstattung bleibt dieser Aspekt unerwähnt. So werden im Handumdrehen die rein hypothetischen Rechenübungen zu hochprofessionellen Diagnosen, die so solide sind, dass die politischen Entscheidungsträger sich absolut auf sie verlassen können. Es ist nunmehr scheinbar pure Wissenschaft, eine Wahrheit, die höchstens von „total unverantwortlichen Gewerkschaftern“ angezweifelt werden kann.

Das Fragwürdigste am pseudowissenschaftlichen Spuk ist allerdings die Grundhypothese einer „unveränderten Gesetzgebung“, also die absolut unrealistische Annahme, dass die wesentlichen gesetzlichen und reglementarischen Parameter des heutigen Systems, wie etwa die Höhe der Beitragssätze, das Renteneintrittsalter oder die Berechnungsmethode der Pensionsleistungen über Jahrzehnte hinweg unverändert bleiben.

Allerdings werden dabei seltsamerweise die periodisch vorgesehenen Pensionsanpassungen („Rentenajustements“) voll in Rechnung gestellt, obschon jede von ihnen ausdrücklich eines neuen Gesetzes bedarf. Doch bei jeder kleinen Anpassung einer Hypothese oder eines Parameters, verschiebt sich auch die ominöse Mauer, eventuell in spektakulärer Weise.

Dass irgendwann bei unserem Rentensystem ein solider Handlungsbedarf

entstehen kann, das ist kaum in Frage zu stellen. Was dann jedoch genau in welchem Ausmaß zweckmäßig ist, kann heute niemand vernünftig voraussagen, weil die vorgelegte Rechnerei zu spekulativ ist.

Die Rentenzukunft ist unweigerlich mit demografischen Unwägbarkeiten belastet. In Anbetracht dieser Tatsache haben wir ernsthafte und mehr als begründete Bedenken gegenüber allen vorgelegten Berechnungen, und vor allem gegenüber den Thesen der antisozialen Angstmacher, die zwar sehr professionell auftreten, aber nichts als heiße Luft anzubieten haben.

Eine mobile Mauer

Doch wie dem auch sei, die virtuelle Rentenmauer steht immer wieder als Schreckgespenst in Luxemburgs Medien, so dass wir versuchen müssen zu verstehen, wann genau sie uns angeblich erwarten soll. Der für die Jahre 2015-2017 prophezeite Weltuntergang ist inzwischen bereits wirkungslos verstrichen.

Im Gegensatz zu früher wurde die Mauer in den letzten Jahren weitaus weniger öffentlich thematisiert, wenn es um die Nachhaltigkeit unserer Sozialversicherung ging. Dafür gibt es einen klaren Grund.

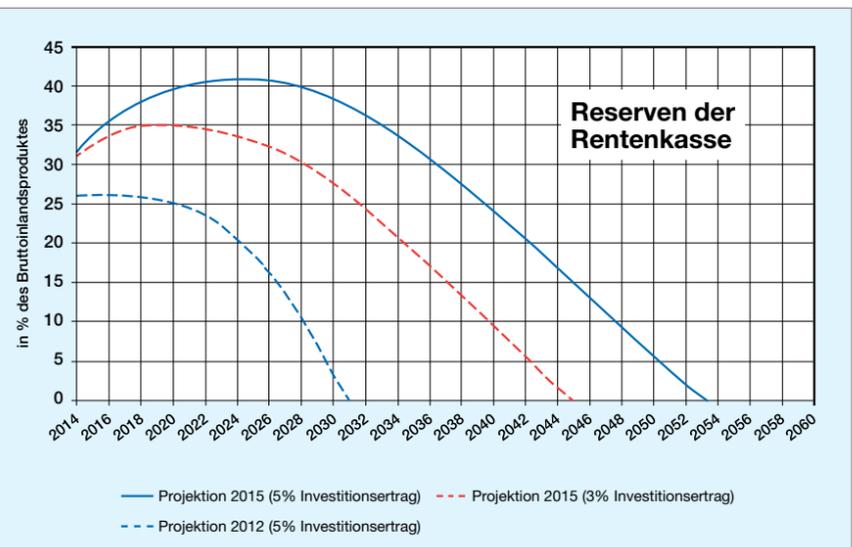
Die Rentenmauer, das arge Kind, hat nämlich seine Erfinder bereits mehrfach Lügen gestraft, weil sie sich als nicht so bedrohlich und solide erwiesen hat, als angenommen. Statt sich den bösen, uneinsichtigen Luxemburgern resolut entgegenzustemmen, hat sie sich – wie durch eine Zauberhand bewegt – urplötzlich um viele Jahre nach hinten verschoben. Dieses magische Meisterstück verdient, dass wir uns die Mechanismen der Zahlentricks genauer ansehen.

Schon im Jahr 2006 hatte „fonction publique“ berichtet, dass Verwaltungsmathematiker nun die Rentenzukunft des Landes bis 2085 berechnet hätten. (Zitat von damals: „2085 ist jetzt kein Schreibfehler, sondern es liest sich voll ausgeschrieben „zweitausend fünfundachtzig!““) Dabei sei festgestellt worden, „dass wir der ominösen Rentenmauer nun schlimmstenfalls schon im Jahre 2034 und günstigstenfalls erst im Jahre 2041 begegnen werden.“

Nachdem die Finanzkrise von 2008/2009 die Wirtschaft geschwächt und den Arbeitsmarkt erschüttert hatte, was sich negativ auf die einkassierten Sozialabgaben auswirkte, ging man bei einer Berechnung aus dem Jahre 2012 davon aus, die Rentenmauer sei nun im Jahre 2031 zu erwarten, also etwas früher als geplant.

Hohe Renditen willkommen

Doch zehn Jahre nach der Krise sind wir um Etliches klüger, was die ökonomischen Perspektiven Luxemburgs betrifft. Während und nach der Krise verkündeten die Patronatsvertreter, nun sei



Fortsetzung von Seite 11

Schluss mit lustig, und nach der Krise sei nichts mehr so wie zuvor:

Doch dann kam im Jahre 2016 eine neue Bewertung des Sozialversicherungssystems. Die Rentenmauer habe sich spektakulär nach hinten verschoben, lautete damals die Schlussfolgerung.

Wenn die Rentenmauer ein solides, ernsthaftes Konzept wäre, so hätte diese Nachricht einen dramatischen Paradigmenwechsel herbeigeführt, eine enorme Verbesserung der wirtschaftlichen Stabilität und der Gesundheit unseres Landes und seiner Perspektiven.

Dem ist in Wirklichkeit aber natürlich nicht so und das neue Ergebnis ergibt sich nicht aus einer gänzlich veränderten ökonomischen Lage. Vielmehr wurde vor allem mit der Rechenformel für die Finanzrendite der auf den weltweiten Kapitalmärkten angehäuften Pensionsmilliarden eine zuvor sehr pessimistische Hypothese durch eine realistischere ersetzt.

Über Nacht verschob sich die Rentenmauer um ganze 22 Jahre nach hinten, von 2031 auf nunmehr 2053. Der Luxemburger Rentenbankrott ist also deutlich vertagt worden. Werter Leser, wie alt werden Sie 2053 sein? Im Vergleich zur ursprünglichen Prognose (2015-2017) macht die Verschiebung inzwischen 36 bis 38 Jahre aus.

Luftige Zahlenzauberei

Dieses veränderte Ergebnis belegt, dass das ganze Expertengehabe nichts als eine subjektive Rechenübung ist. Die unsachliche Verwendung davon war und bleibt jedoch ein Akt hoch mathematischer Volksverdummung, auf die unsere gesamte politische Klasse und mit ihr fast die ganze öffentliche Meinung grandios hereingefallen sind. Nicht mehr und nicht weniger.

Unsere ganze Rentendebatte ergibt zudem nur einen Sinn, wenn man eine bestimmte Prämisse akzeptiert, nämlich, dass die künftigen Pensionen ganz oder im Wesentlichen unter Verwendung von früher getätigten Rücklagen begli-

chen werden müssen. Diese Vorstellung aber ist, zumindest was das allgemeine gesetzliche, öffentliche Rentensystem betrifft, eine typisch Luxemburger Denkweise, da die Praxis vieler anderer Länder keine oder kaum solche Reserven kennt und benutzt.

Für private Zusatzpensionen dagegen ist dies die Regel. Über die bestehenden Pensionsmechanismen im Allgemeinen und deren Anwendungen erfahren Sie mehr im untenstehenden Kasten bezüglich die gesetzlichen und privaten Rentensysteme.

Wenn wir uns, trotz aller Bedenken, die Berechnungen der Mauerfestschisten nun dennoch etwas genauer ansehen, so gilt es erst einmal hervorzuheben, dass bezüglich der Luxemburger Rentenzukunft dem Pensionsreservfonds des sogenannten „Régime général de la sécurité sociale“ eine entscheidende Rolle zukommt, welcher den verwirrenden nichtssagenden Namen „Fonds de compensation“ trägt. In voller Länge trägt dieses Instrument den Namen „Fonds de compensation commun du régime général de pension“. Bürokratischer und unverständlicher geht es wahrlich nicht.

Der mächtige Zukunftsfonds

Der 2005 aus der Zusammenlegung mehrerer Pensionskassen gegründete Fonds wies damals Rücklagen in Höhe von 4,8 Milliarden Euro aus, Ende 2010 rund 10 Milliarden und Ende 2017 mehr als 18 Milliarden Euro. Eine wichtige Vorgabe für die Dauerhaftigkeit des heute geltenden legalen Pensionskonzeptes war, dass gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, wenn die Reserven weniger als das Anderthalbfache der jährlichen Rentenzahlungen ausmachen.

In deutlichem Kontrast zu dieser Mindestanforderung erreichte der Geldtopf jedoch 2008 das Dreieinhalbfache, 2013 das Vierfache und 2016 bereits das Vier-einhalbfache seiner Jahresausgaben. Was 2004 als eine vernünftige Norm angesehen wurde, ist somit inzwischen um das Dreifache übertroffen worden.

Und damit ist unsere gesetzliche Rentenzukunft deutlich besser abgesichert als sonst irgendwo in der Welt, mal abgesehen von einigen Ländern, die Erdöl oder Erdgas fördern, wie etwa Norwegen oder die Golfstaaten.

2012 hatte die Berechnung prophezeit, dass die Rücklagen einige Jahre stabil, leicht oberhalb von 25 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bleiben würden, bevor sie sich ab 2020 kontinuierlich zurückbilden würden. Tatsächlich jedoch erreichte das Niveau 2015 beachtliche 29,9 % und 2017 gar 32,7 % des BIP. Gemäß der Neuberechnung im Jahr 2016 sollten sich die Reserven von 2020 bis 2028 oberhalb von 40 % des BIP bewegen, um erst dann zu sinken, aber deutlich langsamer als bis dahin erwartet. Ohne eine Rentenreform vor oder in den 30^{er} Jahren oder 40^{er} Jahren dieses Jahrhunderts, würde dann ungefähr 2040 das Niveau wieder weniger als 25 % des BIP ausmachen.

Auf alle Fälle aber verfügt unser Land hier über ein mehr als beachtliches Polster, übertrifft es doch bereits heute das Volumen der Gesamtschuld der öffentlichen Hand (Staat und Gemeinden) um rund die Hälfte. Hervorzuheben ist dabei, dass die Luxemburger eigentlich die Einzigen sind, die sich um ein angemessenes Niveau ihrer Reserven sorgen. Unsere Nachbarn verfügen beispielsweise nicht über derartige Reserven. (Lesen Sie dazu bitte auf der nächsten Seite den Kasten zur Analyse der Rentenreserven im internationalen Kontext!)

Ein Tabuthema

Über diese solide Entwicklung, die günstiger ist als es die amtlichen Prognosen erwartet hatten, zeigen die offiziellen Kreise aber sonderbarer Weise nach außen hin keine Freude. Sogar als die Wahlkämpfer aus dem Regierungslager ihre politischen Verdienste in den höchsten Tönen lobten und sich alle Aspekte des Konjunkturanstiegs auf ihre Fahne schrieben, sprachen sie dieses Thema kaum an.

Tatsächlich ist die positive Überraschung für viele Verantwortliche ja mehr

Der „Fonds de compensation“ des Rentensystems „régime général“ muss stets über Reserven in Höhe von anderthalb Jahren an Pensionsaufwendungen verfügen, andernfalls muss die Politik handeln. Diese Rücklagen erreichten jedoch 2008 das Dreieinhalbfache, 2010 das Vierfache, und 2016 das Vier-einhalbfache der jährlichen Ausgaben. Ende 2017 waren es mehr als 18 Milliarden Euro, fast 33 % des Bruttoinlandsproduktes und rund 142 % der konsolidierten Staatsschuld des Gesamtstaates.

als peinlich, nicht nur für die antisozialen Propagandisten aus dem Patronatslager und die offensichtlich berufsblinden Experten, sondern auch für die leichtgläubigen Politiker aller Couleur.

Zu Lasten der Lobbyisten entlarvt die tatsächliche Entwicklung eine jahrelange, gezielt irreführende, pessimistische Propaganda. Für die politischen Verantwortungsträger ist sie der Beleg für eine grobe Fehleinschätzung der

Über die gesetzlichen und privaten Rentensysteme und ihre Finanzierungsmodelle

Mit der steigenden Lebenserwartung der Menschen kommt der Altersvorsorge in der öffentlichen Debatte sowie beim wirtschaftlich sozialen Handeln der Gesetzgeber eine immer größere Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund der latenten Zweifel an der dauerhaften finanziellen Absicherung der öffentlichen Sozialversicherungen sowie auch der übrigen Staatsfinanzen haben die freiwilligen Zusatzpensionen in vielen Ländern an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt, weil diese Sparformen oft steuerlich begünstigt werden.

Wer hier die Dinge im Sinne einer verstärkten Nachhaltigkeit verändern will oder wer auch nur einfach mitreden will, der muss sich mit verschiedenen Konzepten und Fachbegriffen vertraut machen. Die gesetzlichen und die privaten Pensionssysteme kann man nur einordnen bezüglich ihrer jeweiligen Vor- und Nachteile sowie ihrer Existenzfähigkeit und ihrer Nachhaltigkeit, wenn man die Finanzierungsmechanismen versteht.

Die drei Säulen

Bei den bestehenden und denkbaren Pensionsmechanismen unterscheidet man auf internationaler Ebene grundsätzlich zwischen drei verschiedenen Arten, die sogenannten drei Säulen (auf Französisch: „trois piliers“).

Als 1. Säule gelten die allgemeinen gesetzlichen Rentensysteme, die meistens staatlich oder öffentlich-rechtlich aufgestellt sind, und in denen per Gesetz eine Mitgliedschaft der Lohnabhängigen und auch anderer Bürger oft weitestgehend vorgeschrieben ist. Prinzipiell legt der Gesetzgeber die Höhe der Beiträge und der späteren Rente sowie die Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand fest.

In Luxemburg spricht man von „prévoyance étatique“ und „pension légale“, wobei es hier zwei Systeme gibt: Einerseits das „régime général“ der „Caisse nationale d'assurance pension“ mit heute über 400.000 Beitragszahlern und 170.000 Rent-

nern, von dem im nebenstehenden Artikel ausgiebig die Rede ist. Andererseits das „régime spécial“ oder „régime statutaire“ der staatlichen und öffentlichen Bediensteten, dem 7 % der aktiven Bevölkerung zugeordnet sind.

Die 2. Säule (in Luxemburg: „prévoyance professionnelle“ und „pension complémentaire“) stellen berufliche Zusatzpensionen dar, die von bestimmten Arbeitgebern für ihr ganzes Personal oder für bestimmte Mitarbeitergruppen geschaffen werden, meistens auf betrieblicher Ebene. Die Kosten werden prinzipiell vom Arbeitgeber getragen, manchmal mit einem Arbeitnehmerbeitrag, meistens steuerbegünstigt.

Die 3. Säule (in Luxemburg: „prévoyance individuelle“ und „pension complémentaire personnelle“) bilden private Sparformen auf Eigeninitiative hin, wobei sich der Interessent durch regelmäßige Einzahlungen in das Schema eines Finanzinstitutes oder einer Versicherungsgesellschaft eine regelmäßige Rente sichert. Der Versicherte trägt hier alle Kosten, abgesehen von eventuellen Steuervergünstigungen.

Einzahlungen und Auszahlungen

Bei allen Rentensystemen zahlt man in den aktiven Jahren ein, um sich für die Rentenjahre Auszahlungen zu sichern. Was das Verhältnis der Beiträge und der Rentenhöhe betrifft, so leuchtet es ein, dass die Dauer und die relative Höhe der Einzahlungen sich immer direkt auf das für die Pensionszahlungen verfügbare Kapital auswirken.

Finanztechnisch kann man zwischen zwei grundverschiedenen Typen von Pensionssystemen unterscheiden. Entweder sind die zu leistenden Beiträge klar definiert, während die künftigen Renten sich erst später berechnen lassen, nicht zuletzt aufgrund der Höhe der Finanzerträge auf den angehäuften Ersparnissen. Oder aber die späteren Leistungen sind von vorneherein genau festgelegt und die finanziellen Aufwände haben sich anzupassen.

Solche „leistungsdefinierte“ Renten gab es früher bei manchen Unternehmenspensionen, was zur Folge hatte, dass bei einer Stagnierung oder einem Rückgang der Belegschaft (siehe Arbed) die zunehmende Zahl der Rentner zu einer ungeahnten Belastung wurde, in Zeiten rasant steigender Lebenserwartung. Deswegen wurde diese Formel mit der Zeit abgeschafft und neben den Pensionen der 3. Säule sind nun auch jene der 2. Säule „beitragsdefiniert“.

Das Problem der 1. Säule, also der gesetzlichen Rentensysteme, ist, dass sie in den meisten Ländern sowohl beitrags- als auch leistungsdefiniert sind, wobei die demografischen Verschiebungen (verlängerte Rentenzeit wegen höherer Lebenserwartung; steigende Rentnerzahl gegenüber jener der Erwerbstätigen) dazu führen, dass die Berechnungsformeln der Beiträge und Leistungen, die in der Vergangenheit eine finanzielle Stabilität ergaben, vielerorts nach und nach Jahresdefizite einfahren.

Finanzielle Nachhaltigkeit

Bei der 2. und der 3. Säule werden dank der Einzahlungen nach und nach Reserven angehäuft, ansonsten die späteren Auszahlungen nicht möglich sind. Bei der 1. Säule dagegen ist dies oft nicht der Fall. Diesbezüglich unterscheidet man wiederum zwischen zwei Finanzierungsmodellen.

Zum einen gibt es die sogenannte „kapitalgedeckte Rentenfiananzierung“, bei der die heutigen Beiträge die späteren Renten finanzieren, wobei bedeutende Reserven angehäuft und aufbewahrt werden, wie dies bei unserem „régime général“ der Fall ist.

Zum anderen gilt bei unseren Nachbarn und in den meisten anderen Ländern die sogenannte „reine Umlagefinanzierung“, bei der die heutigen Renten ausschließlich aus den jetzigen Beiträgen stammen, so dass hier keine Nachhaltigkeit erkennbar ist.

PZ

realen Lage des Landes. Und genau diese Fehldiagnose hätte ja auch falsche, sozialpolitische Maßnahmen nach sich gezogen, wenn die Zivilgesellschaft und insbesondere die Gewerkschaften keinen Widerstand geleistet hätten.

Und weil die Presse damals diese „Urban Legend“ sehr unkritisch weiterverbreitete und gleichzeitig kaum Sympathien für den gewerkschaftlichen Widerspruch ausdrückte, berichten die Medien auch heute noch nichts oder wenig über die jahrelange krasse Falscheinschätzung. Auch in der Öffentlichkeit wird dieses Thema größtenteils verschwiegen. Sehr wenig zu hören ist derzeit auch über den weiterhin unerwarteten, schnellen Anstieg der Rentenreserven und über das spektakuläre zeitliche Zurückweichen der Rentenmauer.

Der Zusammenhang mit dem Wachstum

Und der Pensionsfonds wird sich weiterhin, zumindest kurz- und mittelfristig, ebenso positiv entwickeln wie bislang. Das liegt an der massiven Beschleunigung der neu geschaffenen Jobs. 2015 waren es 10.548 zusätzliche Arbeitsplätze, 2016 dann 13.661 und 2017 sogar 15.123. In den ersten 9 Monaten dieses Jahres lag der durchschnittliche Zuwachs über zwölf Monate bei 16.137 Beschäftigten.

Das ist eine ungeheure beschleunigte Expansion um 53 % binnen drei Jahren. Der spektakuläre Anstieg der sozialversicherten Erwerbstätigen blieb weitgehend unbeachtet. Alle Wahlkämpfer, die wir gehört haben, sprachen nämlich von 12.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Ihr Wissensstand ist somit traurigerweise jener von vor zwei Jahren.

Das Anwachsen der Beschäftigtenzahl ist jedoch sehr wichtig für das Verhältnis zwischen den Beitragszahlern und den Leistungsempfängern, und damit für den laufenden Überschuss des Systems und für das Anwachsen der Reserven. Hier treffen wir also wieder, wie am Anfang des Artikels erwähnt, auf den Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum.

Paradigmenwechsel

Immerhin hat der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre den Lobbyisten, die versucht hatten, die Finanzkrise für den von ihnen bezweckten Sozialabbau zu nutzen, eindeutig den Wind aus den Segeln genommen. Die These eines akuten Handlungsbedarfs im Rentendossier wurde offensichtlich als haltlos entlarvt und wird nur noch durch die weltfremden, vermeintlichen Experten des IWF, der OECD und der EU-Kommission kolportiert.

Die Gambia-Regierung hat die vorgesehene Reform im Laufe der vorigen Legislaturperiode vergessen, und als letzte politische Kraft hat nun die größte Oppositionspartei die Frage zumindest von der aktuellen auf die langfristige Agenda verschoben. Sie propagiert nun eine Lösung, die eher mysteriös erscheint, da angeblich niemand etwas dabei einbüßen soll.

Eine diskrete Art für alle Parteien, ihre langjährigen Fehleinschätzungen – die sie nicht eingestehen wollen – schnellstens vergessen zu lassen. Solange keine neue ökonomische Krise mit einem demografischen Umschwung eintritt, wird es wohl in absehbarer Zeit kaum ernsthafte Schritte in Richtung Rentenreform geben. Somit scheint uns die Pensionsproblematik mit ihrer „Rentenmauer-Mythologie“ bis auf Weiteres vor allem ein

Argument in der aktuellen Wachstumsdebatte zu sein, also der Diskussion zugunsten einer optimalen, statt einer maximalen Wirtschaftsexpansion.

Das Thema wird allerdings, genau wie das Monster von Loch Ness, alle Jahre wieder auftauchen. Legenden leben länger. Dabei kann die Debatte womöglich wieder heftig auflodern, wenn skurrile Argumente irrationale Ängste schüren. Deswegen fanden wir es nützlich, an dieser Stelle die Thematik der in Luxemburg vorhandenen Rentenreserven eingehend und objektiv zu analysieren und einzuordnen.

Zurück zur Vernunft

Erst wenn man alles weiß und bedenkt, was hier ausgeführt wurde, wird einem so richtig bewusst, wie übertrieben, wie hysterisch, ja wie verlogen die hiesige Rentendebatte seit Jahren geführt wird. Und in welchem Ausmaß sich dabei ehrbare und aufrichtige, aber verunsicherte Menschen von einer kleinen Clique zielstrebigster Aktivisten haben instrumentalisieren lassen.

Im Klartext: Wir wollen nicht so undifferenziert argumentieren wie die Anhänger der Rentenmauer. Auf ganz lange Sicht werden uns natürlich gänzlich neue Entwicklungen einholen. Rentensicherheit auf ewig kann es nicht geben. Die Menschen werden ständig älter und beziehen deswegen über einen immer längeren Zeitraum hinweg eine Altersrente. Auf Dauer steigen deswegen die Aufwendungen für die Ruheständler, sowohl im „Régime général“ als auch im öffentlich-rechtlichen Regime.

Wann sich jedoch deswegen eine Anpassung der geltenden Parameter (Beiträge, Leistungen, Rentenalter) als notwendig erweisen sollte, lässt sich heute nicht auf eine vernünftige Art und Weise

berechnen. Sollten aber die Reserven eines Tages sinken, statt weiter zu steigen, so wird Luxemburg im Gegensatz zu anderen Ländern nicht abwarten, bis die Karre im Dreck steckt, sondern nach einer präzisen Analyse der neuen Gegebenheiten zügig die erforderlichen, maßgeschneiderten Maßnahmen beschließen.

Wenn sich allerdings über Jahrzehnte hinweg der Wohlstand des Landes in einem ähnlichen Rhythmus verbessert wie bisher – und heute sieht es ja durchaus danach aus – entsteht somit eine veränderte soziale Lage. Infolge dessen wird die Rentenproblematik völlig anders beurteilt. Vielleicht sind dann für die wohlhabendsten Rentner die traditionellen „Ajustements“ nicht mehr in voller Höhe zwingend notwendig, so dass man hier etwas selektiver vorgehen könnte.

Aber davon sind wir eher Jahrzehnte entfernt, und derzeit besteht in der Rentenpolitik offensichtlich kein Handlungsbedarf. Jeder Aktivismus würde ernsthaft riskieren, zu falschen Maßnahmen zu führen, weil man derzeit einfach keinen verlässlichen, längerfristigen Durchblick hat.

Doch wenn wir heute politisch entscheiden sollten, dass ein maximales Wirtschaftswachstum für Luxemburg nicht der Weisheit letzter Schluss ist, so kann diese Option selbstverständlich nicht folgenlos für den Rhythmus der künftigen Entwicklung unserer Gehälter und Pensionen sein. Die Konsequenzen sind aber keineswegs so dramatisch, wie dies von bestimmten verbissenen Ideologen behauptet wird.

Paul Zimmer

Nationale Rentenreserven im internationalen Kontext analysiert

Zu einer objektiven Beurteilung der Lage unseres Rentenregimes ist es zweifellos nützlich, dieses auch international einzuordnen. Sehen wir einmal ganz ab von der Lage in hundert Drittweltländern. Dort wo keine Krankenkasse vorhanden ist, denkt auch niemand an Altersvorsorge, auch wenn heute die traditionelle Altenbetreuung in der mehrgenerationalen Großfamilie immer weniger funktioniert, so dass dort jetzt große und extreme Missstände herrschen.

Wenn in all unseren ernsthaften Ausführungen eine Prise schwarzer Humor erlaubt ist, sei das extrem wirksame Rentensystem einer Südseeinsel erwähnt, wo es angeblich ein gesetzlich verankertes Prinzip gibt, demzufolge jeder, abgesehen von Kleinkindern, seine Kokosnuss selbst von der hohen Palme pflücken muss. Irgendwann zwischen 60 und 70 Jahren versagen die Knie dann in lichter Höhe und die betreffende Person stürzt dermaßen zu Boden, dass sie keine Kokosnüsse mehr braucht. Altersproblem gelöst!

Nachhaltigkeit gefragt

Nachdem wir einmal diese brutale Lösung ausgeschlossen haben, bleiben einige denkbare Schemen für eine langfristige Rentenfinanzierung, die aber nicht alle gleich solide und nachhaltig sind.

Ein Modell ist die sogenannte „kapitalgedeckte Rentenfinanzierung“, bei der im Prinzip jeder heute Beiträge für seine eigene künftige Rente einahlt. Getreu dem Motto „ein Apfel für den Durst“ werden demnach bedeutende Reserven angehäuft und aufbewahrt. Das Konzept fußt auf einem zukunftsorientierten Sparen mit angesammelten Kapitalien, die zwischenzeitlich zur Finanzierung der Wirtschaft dienen können und eine Rendite einbringen. Luxemburgs Rentensystem für den Privatsektor ist, zumindest im Prinzip, nach diesem Modell ausgerichtet.

Vergleicht man unsere konkrete Lage mit jener unserer direkten Nachbarn, wird sofort sichtbar, dass deren gesetzliche Rentensysteme, im Gegensatz zum unsrigen, keine nennenswerten Finanzrücklagen kennen, also eindeutig weniger solide sind.

Die Praxis ist hier die sogenannte „reine Umlagefinanzierung“, bei der die jetzigen Renten ausschließlich durch die heutigen Beiträge finanziert werden. Dieses Schema gilt, zumindest was die staatliche oder öffentlich-rechtliche Grundvorsorge betrifft, in den meisten Ländern Europas, vor allem auch bei unseren drei direkten Nachbarn und in der

Schweiz sowie beispielsweise auch in Japan und in den Vereinigten Staaten.

Dabei haben die öffentlichen Sozialversicherungen kaum Reserven, so dass die Beiträge der Berufstätigen ständig dazu verwendet werden, um die Renten der Ruheständler zu begleichen. Angesichts des demografischen Wandels, mit immer mehr Rentnern im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten, führt dieses System vielerorts unweigerlich in eine Sackgasse. Während die einen immer mehr einzahlen müssen, wird den anderen immer weniger ausgezahlt.

Seltsamerweise gibt es aber in unseren direkten Nachbarländern wegen dieser Gefahr keine sonderliche Aufregung, weder in Regierungs- und Oppositionskreisen noch in der Presse oder in der Zivilgesellschaft, da unsere Nachbarn ständig mit noch schwerwiegenderen, sozialen Problemen konfrontiert sind.

Der Kontrast zu den Nachbarn

In Belgien sind Pensionsrücklagen lediglich bekannt für die Zusatzversicherungen, aus eigener Initiative oder von Arbeitgeberseite aus, nicht aber im gesetzlichen Rentensystem. Weil deren laufende Pensionsleistungen heute bereits nicht mehr ganz aus den regulären Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber beglichen werden können, müssen den Sozialversicherungen zunehmend bestimmte Steuereinnahmen zugeführt werden.

In Frankreich gibt es zwar einen nationalen „Fonds de réserve pour les retraites“ von derzeit 17,5 Milliarden Euro (also sogar in absoluten Zahlen eindeutig

geringer als der Luxemburger Fonds), doch wird dieser in den kommenden Jahren gänzlich durch Zahlungen an die „Caisse d’amortissement de la dette sociale“ abgebaut, die ihrerseits bereits etwa Schulden in Höhe von 120 Milliarden vor sich herschiebt. Zur Erinnerung: In Luxemburg dürfen sich die Sozialversicherungsträger nicht verschulden.

In Deutschland denkt man im Zusammenhang mit dem gesetzlichen Rentenwesen sofort an jene Aussage, die Ex-Bundesminister Norbert Blüm 2007 machte: „Die Renten sind sicher!“ Auch hier ist die Altersvorsorge rein umlagefinanziert. Dabei verfügen die Träger der Rentenversicherung als Rücklagen lediglich über eine sogenannte „Nachhaltigkeitsreserve“, die zwischen zwei und sechs Wochen an Rentenzahlungen beträgt.

Die Luxemburger Rentenkasse dagegen kennt, wie wir es in unserem Hauptartikel eingehend erläutert haben, hohe und steigende Finanzreserven, da der laufende Überschuss an Sozialbeiträgen gegenüber den ausgezahlten Leistungen zurückgelegt werden kann. Und die nun zur Debatte stehende Frage lautet, ob die angesammelten Ersparnisse, die inzwischen das Viereinhalbfache der jährlich ausgezahlten Renten ausmachen, für die vorgesehenen künftigen Leistungen groß genug sind, ob also die Kapitaldeckung des Systems ausreichend ist und bleibt.

Die Lage unserer Nachbarn ist gewiss nicht zu verharmlosen und ihre Politik nicht nachahmenswert. Fazit bleibt aber, dass Luxemburg auf einem extrem hohen Niveau und in einer eindeutig beneidenswerten Lage lamentiert. PZ

In Deutschland stellen die bestehenden Rentenrücklagen („Nachhaltigkeitsreserve“) den Gegenwert von zwei bis sechs Wochen an Auszahlungen dar, in Luxemburg („fonds de compensation“) machen sie dagegen viereinhalb Jahre aus.

Der französische „Fonds de réserve pour les retraites“ weist in absoluten Zahlen weniger Rücklagen aus als unser Rentenfonds und wird derzeit auf null gesetzt, um die Nettoverschuldung des dortigen Sozialsystems abzubauen.

Die belgische Rentenversicherung zahlt ihrerseits heute bereits mehr Leistungen aus als sie an Beiträgen kassiert. Sie ist somit bereits jenseits ihrer „Rentenmauer“.



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2018

Baufinanzieren aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnet Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparkguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!

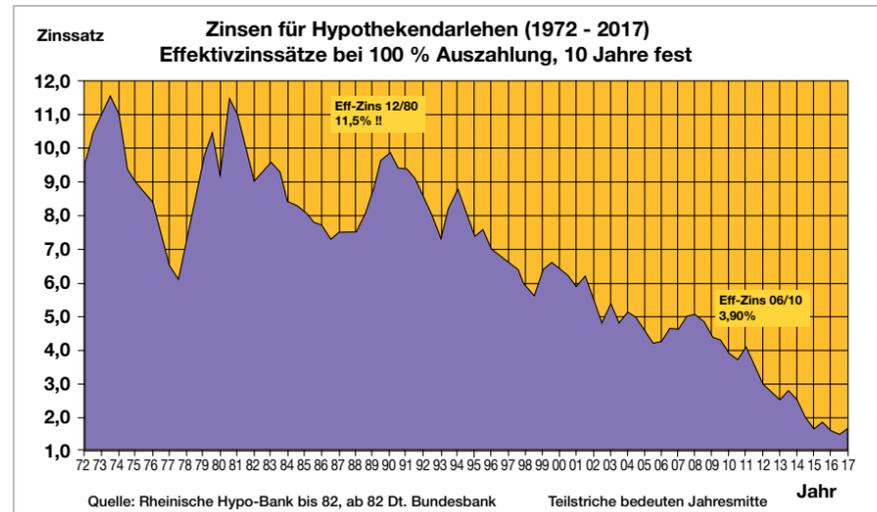
Sich niedrige Zinsen sichern

Seit vielen Jahren arbeiten wir vertrauensvoll mit der BHW Bausparkasse AG in Luxemburg zusammen. In diesen Jahren haben viele unserer Mitglieder über die BHW ihr Wohneigentum finanzieren sowie die sonstigen Vorteile eines Bausparvertrages und die steuerlichen Förderung nutzen können.

Finanzierungen über einen BHW-Bausparvertrag werden auch in Zukunft ein wichtiges Element in der Baufinanzierung darstellen. Sichern Sie sich das aktuell noch niedrige Zinsniveau für die komplette Laufzeit Ihrer Finanzierung, insbesondere in Verbindung mit den steuerlichen Vorteilen durch die eventuelle Absetzbarkeit der Sparraten als Sonderausgaben in der Einkommensteuererklärung.

Sahen wir Anfang der 80er Jahre teilweise Zinsen im zweistelligen Bereich für die Immobilienfinanzierung, so hat uns die Finanzkrise Ende der 2000er Jahre in eine damals kaum vorstellbare Niedrigzinspolitik gesteuert. Selbst das Thema „Negativzinsen“ für Kleinanleger war zeitweise denkbar. Dagegen konnten die Kunden in der Baufinanzierung die günstigen Darlehenszinsen für ihr Bauvorhaben nutzen.

Die Entwicklung der Zinsen für eine Immobilienfinanzierung mit einer Zinsbindung von 10 Jahren über die letzten 35 Jahre können Sie sehr anschaulich in der nachfolgenden Grafik nachvollziehen:



Aber was erwartet uns in Zukunft?

Das niedrige Zinsumfeld lädt natürlich zum Finanzieren ein. Gleichwohl sollte man sich der Tatsache bewusst sein, dass eine Immobilienfinanzierung in der Regel einen langfristigen Charakter hat. In dem Zusammenhang sollte auch immer mit dem Finanzierungsberater geprüft werden, wie sich eventuelle Zinsveränderungen auf die zu leistende Darlehensrate auswirken und wie man sich vor unerwünschten Überraschungen schützen kann. Die BHW Bausparkasse leitet aus der aktuellen Marktsituation und den verfügbaren Informationen Wahrscheinlichkeiten für die zukünftige Zinsentwicklung ab. Auch wenn die EZB aktuell noch an der „lockeren Geldpolitik“ festhält, gehen wir, was den Euro betrifft, in den nächsten Jahren von moderaten Zinssteigerungen aus. Während der Sparer in seinen kurzfristigen Geldanlagen noch keine Veränderungen erkennen kann, deutet sich diese Entwicklung bei den für Baudarlehen maßgeblichen, längerfristigen Zinsen an. Auf diese Szenarien sind auch unsere Beratungen und Produkte abgestimmt.

Unsere Finanzierungsberaterinnen/-berater stehen Ihnen hier gerne für eine Beratung zur Verfügung. Zur Terminvereinbarung einfach bei BHW anrufen: 448844-1

Unsere Finanzierungsberaterinnen/-berater stehen Ihnen hier gerne für eine Beratung zur Verfügung. Zur Terminvereinbarung einfach bei BHW anrufen: 448844-1



Ob gegen Feuer oder fürs Auto,
die mit Abstand preisgünstigsten
Versicherungen in Luxemburg
sind allein den CGFP-Mitgliedern
vorbehalten und nur verfügbar bei

CGFP
Assurances

www.cgfp-assurances.lu

CGFP Assurances S.A.

16, rue Erasme, L-1468 Luxembourg

tél.: +352 270 428 01

fax: +352 270 428 99

Fordern Sie einen Kostenvoranschlag
(devis) an und vergleichen Sie ihn mit
Ihrer derzeitigen Versicherung!

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de de 14h30 à 16h30

mercredi: de 14h30 à 16h30

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 afas@cgfp.lu
http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS CGFP
 Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.



Werden Sie noch heute Mitglied!



Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
 DE LA FONCTION PUBLIQUE
 Boîte postale 210
 L-2012 LUXEMBOURG

CGFP

Déclaration d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou compte bancaire no: IBAN LU

....., le

.....
 (signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.



Vos projets ont de l'avenir



Charlotte, future présidente d'association



Louis, futur artisan boulanger

BGL BNP PARIBAS
S'ENGAGE POUR CONCRÉTISER VOS PROJETS
AU LUXEMBOURG

Répondons à vos besoins dans l'une de nos agences, par téléphone au 42 42-2000 ou sur bgl.lu



BGL BNP PARIBAS | La banque d'un monde qui change

bgl.lu

20-jähriges Bestehen des ständigen CGFP-Ausschusses für Gleichstellung

Frauen ziehen im Job leider allzu oft den Kürzeren

Sind Frauen die besseren Chefs? Die Frage stellt sich kaum, denn es gibt nur wenige. Auch im öffentlichen Dienst ist das weibliche Geschlecht zahlenmäßig nach wie vor unterlegen: An der Führungsspitze von Verwaltungen findet man nur eine geringe Anzahl von Frauen. Dazu gesellt sich ein weiteres Problem: die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Seit nunmehr 20 Jahren setzt sich das „comité permanent à l'égalité des chances“ der CGFP für die Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst ein. An Arbeit mangelt es nicht!

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist nach wie vor ein gesellschaftliches Topthema. Dass Mädchen, ebenso wie Jungen, einen Schulabschluss absolvieren und studieren dürfen, gilt heute als selbstverständlich. Um jedoch dort anzukommen, war es ein langer, steiniger Weg. Auch das Wahlrecht war Frauen in Luxemburg lange Zeit nicht gestattet. Trotz des Paradigmenwechsels, der inzwischen vollzogen wurde, werden Frauen in manchen Bereichen noch immer benachteiligt.

Das „comité permanent à l'égalité des chances“, das am 19. Januar 1999 innerhalb der CGFP gegründet wurde, tritt seit fast 20 Jahren für die Gleichstellung beider Geschlechter im öffentlichen Dienst ein. Zu seinen vielfältigen Aufgabenfeldern gehört u.a. der Kampf gegen Mobbing, Belästigungen und Diskriminierungen aller Art. Das Gremium, dem übrigens auch Männer angehören, setzt sich dafür ein, dass alle öffentlich Bediensteten einen gleichberechtigten Zugang zur beruflichen Weiterbildung erhalten. Im Übrigen versucht es zu verhindern, dass Frauen bei der Einstellung von Staatsbediensteten nicht gleich zu Beginn verdrängt werden, bloß weil sie irgendwann schwanger werden könnten.

Des Weiteren tritt das Komitee dafür ein, dass die Gesetze und die großherzoglichen Verordnungen in sämtlichen Staatsverwaltungen sowie in den öffentlichen Einrichtungen harmonisch angewandt werden. Einen hohen Stellenwert genießt auch die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben. Somit soll sichergestellt werden, dass der Anteil weiblicher Führungskräfte kontinuierlich wächst.

Totgeschwiegene Realität

Gerade was den letzten Punkt betrifft, hat Luxemburg noch einen weiten Weg vor sich. In Deutschland hat sich die Koalition vorgenommen, die Hälfte der Leitungspositionen im öffentlichen Dienst des Bundes bis 2025 mit Frauen zu besetzen. Von einer derartigen Zielvorgabe ist Luxemburg noch meilenweit entfernt. Auch die Einführung einer verbindlichen Quotenregelung lässt weiter auf sich warten. Eine Frauenquote könne zwar nicht als Allheilmittel betrachtet werden, doch ohne jegliche Zielangabe seien kaum Fortschritte zu erwarten, gibt Carmen Jaffke, Präsidentin des ständigen CGFP-Ausschusses für Gleichstellung, im Gespräch mit „fonction publique“ zu bedenken.

Mit Ausnahme der üblichen Absichtserklärungen seitens der Politik sei bislang nichts erfolgt. Frauen, die im Staatsdienst tätig sind, könnten sich zwar glücklich schätzen, dass sie – anders als in der Privatwirtschaft – für dieselbe Arbeit den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen beziehen.



Die Präsidentin des „comité à l'égalité des chances“, Carmen Jaffke (5. von rechts), ist wie alle anderen Mitglieder auch stark auf gewerkschaftlicher Ebene engagiert.

Doch die Parität sei längst nicht überall im Staatsdienst gewährleistet.

Beim Zugang zu den Chefposten der staatlichen Verwaltungen werden Frauen weiterhin stark benachteiligt, bestätigt Jaffke: „Das sogenannte „glass ceiling“ (gläserne Decke) bremst auch heute noch viele Frauen in ihrer beruflichen Laufbahn aus. In der Regel sind deutlich mehr Frauen im unteren als im mittleren und oberen Management tätig“.

Schlimmer noch: Nicht selten kommt es vor, dass die wenigen Frauen, die in Führungspositionen vorzufinden sind, aufgefordert werden, ihren Posten zur Verfügung zu stellen, nachdem sie einen Antrag auf Teilzeitbeschäftigung gestellt haben, bedauert Jaffke: „Diese bittere Realität wird leider oft totgeschwiegen!“

Dabei bieten der digitale Wandel im öffentlichen Dienst und die Einführung der mobilen und flexiblen Arbeitsgestaltung allen Beschäftigten neue Perspektiven, die eine moderne und diskriminierungsfreie Verwaltungskultur fördern. Vielen Verwaltungen fehlt dennoch der Mut, Abschied von der Präsenzkultur zu nehmen und stattdessen auf die Ergebniskultur zu setzen.

„In vielen Köpfen herrscht noch die altmodische Denkweise vor, die

Carmen Jaffke:

» Die offiziell gemeldeten Fälle von sexueller Belästigung tauchen in keiner Statistik auf.“

besagt, dass Mitarbeiter, die von zu Hause aus arbeiten, nicht kontrolliert werden können und von da her ihren Job nicht zufriedenstellend verrichten“, setzt Jaffke nach. Sogar manche Frauen, die leitende Positionen bekleiden, seien der Ansicht, dass jede(r) Mitarbeiter(in) eine Wahl zwischen Karriere und Familie treffen müsse. Diese Tabus zu brechen sei wahrlich keine leichte Aufgabe, unterstreicht die engagierte Gewerkschafterin.

Von der Politik wünscht sich Carmen Jaffke, dass innovative Tools eingerichtet werden, die Frauen anregen sollen, mehr Verantwortung zu übernehmen. In diesem Zusammenhang hat das „Female Board Pool“ bereits vor einigen Jahren hierzulande im Privatsektor eine Datenbank erstellt. Diese umfasst die Jobprofile von Frauen, die den Wunsch äußern, Mitglied eines Verwaltungsrates zu werden. Den betreffenden Personen werden u.a. Ausbildungen im Bereich des „Leadership“ angeboten, damit sie fit für die neuen beruflichen Herausforderungen werden und das nötige Vertrauen erhalten.

Totale Intransparenz

Ein derartiges Konzept würde durchaus auch im öffentlichen Dienst Sinn ergeben, so Jaffke: „Obwohl sie den Männern in nichts nachstehen, schrecken viele Frauen davor zurück, sich für einen verantwortungsvollen Posten zu bewerben, weil sie Angst vor dem Scheitern haben.“ Deshalb sei es wichtig, all jenen Frauen, die berufliche Verantwortung übernehmen wollen, das nötige Selbstvertrauen zu geben. Von der Politik fühlt sich das „comité permanent à l'égalité des chances“, im Stich gelassen. In all den Jahren fand lediglich eine Unterredung mit dem Ministerium für Chancengleichstellung statt.

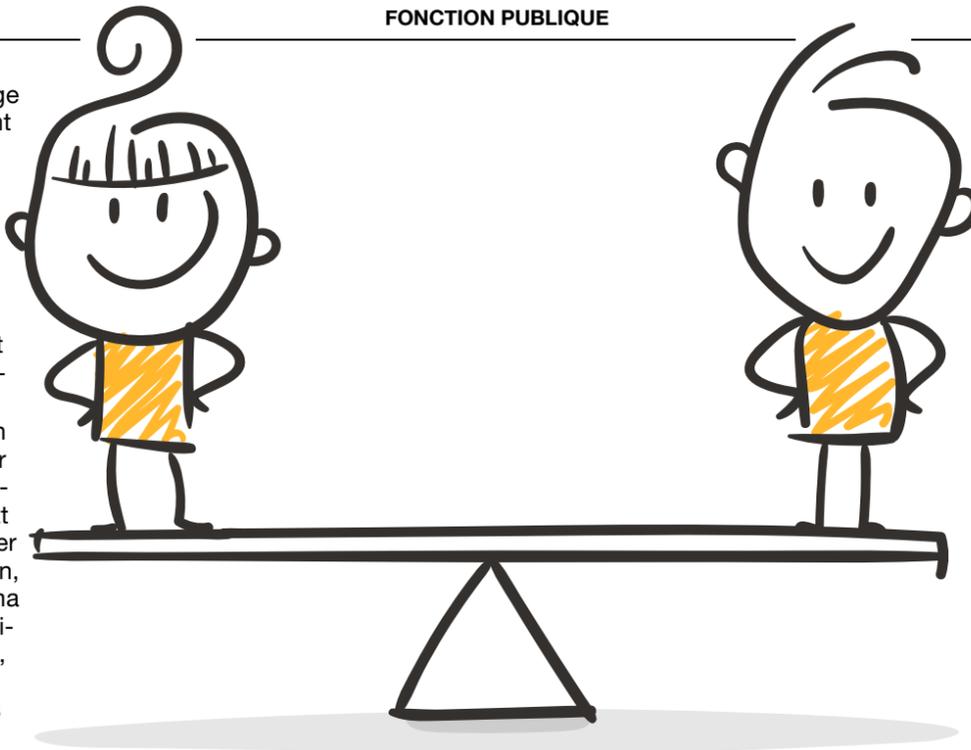
In den Staatsverwaltungen ist jeweils ein Gleichstellungsbeauftragter ernannt worden, dessen Aufgaben klar festgelegt sind. In regelmäßigen Abständen sollten Berichte erstellt werden, doch in den meisten Fällen sei nichts dergleichen erfolgt, heißt es weiter. Das Ministerium lasse jegliche Koordination vermissen. Vor zwei Jahren habe man eine Strategie ausarbeiten wollen, doch inzwischen sei das Vorhaben in der Schublade gelandet.

Ein Großteil der Fälle, mit denen der ständige CGFP-Ausschuss für Gleichstellung konfrontiert wird, bezieht sich auf Menschen, die sich infolge einer



Versetzung oder bei einer Anfrage zur Teilzeitbeschäftigung ungerecht behandelt fühlen. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass moralische und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz alltäglich sind. „Die Fälle, die im öffentlichen Dienst offiziell gemeldet werden, tauchen zwar in keiner Statistik auf, doch es gibt sie“, bestätigt Jaffke. Derzeit herrsche diesbezüglich eine totale Intransparenz.

Laut Schätzungen der „European Women's Lobby“ sind etwa 75 % der Frauen von diesem Phänomen betroffen. Aus Angst, sich zum Gespött zu machen, würden die meisten Opfer ihre bittere Erfahrung verschweigen, weiß Jaffke zu berichten. Das Thema Sexismus werde allzu oft ins Lächerliche gezogen. Geht es um Sexismus, heißt es nicht selten: „Komm, hab' dich doch nicht so“ oder „War das jetzt wirklich so schlimm?“



Um der Belästigung am Arbeitsplatz verstärkt den Kampf anzusagen, fordert das „comité à l'égalité des chances“ mehr Aufklärung, damit bei Tätern und Opfern das Bewusstsein geschärft wird, wann die rote Linie überschritten wurde. Seit Jahren werden beispielsweise die Mitarbeiter von Privatunternehmen mittels Broschüren, Flugzettel und Videos darüber informiert, wie sich sexuelle Belästigung auswirkt und was unternommen werden muss, wenn ein derartiger Fall auftritt. Im öffentlichen Dienst sind solche Aufklärungskampagnen bislang absolut nicht vorhanden.

Max Lemmer

20 Jahre unermüdlicher Einsatz

Das „comité permanent à l'égalité des chances“ der CGFP wurde am 19. Januar 1999 aus der Taufe gehoben. Schwerpunkt seines Wirkens ist die Förderung eines gleichberechtigten öffentlichen Dienstes, frei von Diskriminierungen jeglicher Art. Seine Mitglieder – sowohl Frauen als auch Männer – sind ohne Ausnahme auf gewerkschaftlicher Ebene stark engagiert. Die Präsidentin des ständigen CGFP-Ausschusses, Carmen Jaffke, vertritt die CGFP auch im Aufsichtsrat der „European Women's Lobby“ sowie in den

Fachausschüssen FEMM und SOC der „Confédération Européenne des Syndicats Indépendants“ (CESI). Mit Irène Thill gehört eine weitere CGFP-Vertreterin dem „comité du travail féminin“ (CTF) an. CGFP-Mitglieder, die auf Unregelmäßigkeiten hinweisen möchten oder Beistand erhalten möchten, können sich an den Ausschuss für Gleichstellung unter folgenden E-Mail-Adressen wenden: carmen.jaffke@cgfp.lu oder cristelle.coelho@cgfp.lu ml



<http://www.cgfp.lu>

Search



Visitez notre site Internet:
www.cgfp.lu

Cuisine Vision

designée par
Pininfarina



NOTRE MÉTIER C'EST DE FAIRE ENTRER L'ART DANS VOTRE CUISINE



snaidero
CUCINE PER LA VITA

by

KITCHEN Store

204, Route d'Arlon

L-8010 Strassen

Tél (00352) 26 11 98 50

www.kitchenstoreluxembourg.com

CGFP-Delegation zu Besuch in Brüssel

Ein Blick hinter die Kulissen der EU-Politik

Europahobie statt Euphorie. Die EU-Schwarzmalerei hat sich in den vergangenen Monaten weiter ausgebreitet. Der bevorstehende Brexit, die besorgniserregende Haushaltskrise in Italien, der Streit um die Asylpolitik und die steigende Angst, dass die Euro-skeptiker langfristig die Oberhand gewinnen, stellen Europa vor eine Zerreißprobe. Der Besuch einer CGFP-Delegation Anfang November in Brüssel bot interessante Einblicke in die tägliche Arbeit der EU-Abgeordneten. Am Tag zuvor lud die CESI, die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften, die Teilnehmer zu einer weiteren aufschlussreichen Diskussionsrunde ein.



Der langjährige Europaabgeordnete Georges Bach gewährte der CGFP-Delegation einen Einblick in seinen politischen Alltag.

Während der Sitzungswochen in Brüssel trifft sich der EU-Abgeordnete Georges Bach, sofern es sein Terminplan zulässt, gerne persönlich mit Gruppen aus Luxemburg. Am vergangenen 6. November empfing der langjährige EU-Abgeordnete eine CGFP-Delegation zu einem Besuch des Plenarsaals im EU-Parlament. Anschließend folgte eine Diskussionsrunde über aktuelle europäische Themen.

Für das EU-Parlament gelten strenge Sicherheitsvorkehrungen. Die Parlamentarier sind völlig vom Volk abgeschirmt. Die 2.000 bis 3.000 Besucher, die täglich einen Blick hinter die Kulissen dieser EU-Institution werfen, müssen – ähnlich wie in Flughäfen – Sicherheitsschleusen passieren und einen Reisepass beziehungsweise einen Ausweis bei sich haben, bevor sie das Gebäude betreten dürfen. Nachdem die CGFP-Vertreter den Check überstanden hatten, trafen sie auf einen kontaktfreudigen Abgeordneten, der mit viel Sachkenntnis seine Leidenschaft für Europa mit den Besuchern teilte.

Seit 2009 vertritt Georges Bach nun schon seine Partei im EU-Parlament. Bei seinem Amtsantritt vor neun Jahren haben den Ex-Gewerkschafter vor allem zwei Sachen beeindruckt. Zum einen die unterschiedlichen Lebenslagen, aus denen die 751 EU-Abgeordneten stammen, und zum anderen deren Arbeitsweise. Im Gegensatz zur nationalen Politik gibt es im EU-Parlament weder ein Mehrheits- noch ein Oppositionslager.

Die Fraktionen müssen immer wieder Allianzen schmieden, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Ab und zu sorgt diese mühselige Kompromisslösung auch für Frust, räumt Bach ein, der vor allem in den Bereichen Transport und Soziales tätig ist. Doch im Endeffekt stelle jeder Kompromiss einen Mehrwert für ein besseres Europa dar.

95 % der Gesetzestexte, die im Straßburger Plenarsaal zur Abstimmung gelangen, werden in Brüssel in den parlamentarischen Ausschüssen ausgearbeitet. Im Schnitt verbringen die EU-Abgeordneten drei Wochen pro Monat in Brüssel, die verbleibende Zeit

in Straßburg. In der Regel dauert es zwei Jahre, bis ein Text ausgereift ist und zur Verabschiedung vorgelegt werden kann. Das EU-Parlament verfügt jedoch nicht über ein Initiativrecht und hat somit gegenüber dem Europäischen Rat keine Handhabe. Die EU-Kommission kann nur mittels Resolutionen und parlamentarischen Anfragen dazu aufgefordert werden, in einem bestimmten Bereich aktiv zu werden.

„Eine Sisyphusarbeit“

Im Allgemeinen sind Kompromisslösungen im Transportwesen wesentlich einfacher zu erzielen als beispielsweise im Arbeitsrecht oder etwa im sozialen Bereich. Inzwischen seien immer weniger EU-Staaten bereit, nationale Kompetenzen auf die europäische Ebene zu übertragen, was häufig zu Kompetenzgerangel führe, bedauert Bach: „Diese Entwicklung gibt mir sehr zu denken“.

Eine der großen Errungenschaften in Europa ist der Verbraucherschutz. Die EU zählt auf diesem Gebiet weltweit zu den Musterschülern. In ande-

ren Bereichen besteht allerdings noch viel Handlungsbedarf. Bislang konnte z. B. keine Einigung zur Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung erzielt werden.

Einig waren sich die CGFP-Diskussionsteilnehmer, dass die Digitalisierung und die Robotik die Politik vor große Herausforderungen stellen. Dazu nur ein Beispiel: Schon jetzt rollen die ersten vernetzten Lastkraftwagen. Der Fahrer des ersten LKWs gibt Tempo und Richtung vor, die anderen folgen automatisiert. Derartige visionäre Forschungsprojekte werden in ein paar Jahren Standard sein. Die Neuorganisation der Arbeitswelt bringe enorme Veränderungen in puncto Arbeitsrecht mit sich, lautete eine weitere Schlussfolgerung. Die Entwicklung sei dermaßen rasant, dass die Politik oft nicht mehr in der Lage sei, die nötigen Anpassungen rechtzeitig zu erkennen, so Bach.

Die vielen Kräfte, die derzeit in Europa versuchen, tiefgreifende europäische Werte infrage zu stellen, bereiten den EU-

Fortsetzung siehe Seite

20



Das Plenum des EU-Parlaments in Brüssel lockt täglich rund 3.000 Besucher an. Nahezu alle EU-Gesetzestexte, die zur Abstimmung gelangen, werden in Belgiens Hauptstadt ausgearbeitet.

Fortsetzung von Seite 19

Verfechtern immer mehr Sorgen. Auch in der Europäischen Volkspartei (EVP) gibt es keine einstimmige Meinung dazu, wie man mit Mitgliedern umgehen soll, die sich nicht an die EU-Spielregeln halten. Die bevorstehenden Europawahlen werden darüber entscheiden, ob die EU-Befürworter oder deren Gegner künftig den Ton angeben. Im Laufe der Diskussion mit der CGFP-Delegation wurde deutlich, dass Europa eine gute Sache sei. „Die positiven Ergebnisse für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen, erweist sich jedoch als Sisyphusarbeit“, betonte Bach.

Wer ist schuld am schlechten Image der EU?

Ein ähnlicher Tenor war auch am Tag zuvor bei einem Austausch mit Vertretern der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) zu vernehmen. „Viele nationale Politiker schreiben sich Erfolge auf die eigene Fahne und schieben Brüssel die Misserfolge in die Schuhe“, fasste CESI-Generalsekretär Klaus Heeger die Lage treffend zusammen.

Hinzu komme die oft nicht sehr hilfreiche Rolle der Presse, die den Eindruck vermittele, dass Europa völlig versagt habe. In der Regel würden die Medien fast ausschließlich über die negativen Aspekte der EU berichten. Über die positiven Dinge würden die Menschen hingegen kaum etwas erfahren. Natürlich müssten Politiker zur Rechenschaft gezogen werden, wenn Skandale aufgedeckt werden. Die mühsame Alltagsarbeit, die in den EU-Institutionen geleistet werde, dürfe jedoch von den Medien nicht völlig ignoriert werden.

Mit Blick auf die Europawahlen im Mai kommenden Jahres arbeitet die CESI derzeit markante Slogans aus, die in einer verständlichen und subtilen Sprache die Wähler dazu bewegen sollen, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Somit will man der sinkenden Wahlbeteiligung entgegenwirken.



Im Kampf gegen die Populisten gelte es künftig, Europa positiver darzustellen als bislang, betonte CESI-Generalsekretär Klaus Heeger (3. von links) im Rahmen einer lebhaften Diskussion mit den CGFP-Teilnehmern.

Laut CESI-Einschätzung lehnen die meisten Bürger, obwohl sie des Öfteren über Europa schimpfen, den europäischen Grundgedanken in seiner Konsequenz nicht ab. Damit jene, die Angst und Schrecken verbreiten, nicht weiteren Zulauf erhalten, sei es hilfreich, Europa positiver darzustellen. Die EU habe weit mehr zu bieten als Debatten über Bananenkrümmungen.

Wasser auf die Mühlen der Populisten

Zahlreiche EU-Richtlinien z.B. in puncto Antidiskriminierung, Mutterschutz, Elternurlaub, Teilzeitarbeit sowie Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, haben sich positiv auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der EU-Bürger ausgewirkt. Bei den Menschen gelte es, das Bewusstsein zu stärken, dass die europäische Rechtsordnung eine Quelle für die nationalen Arbeitsverhältnisse ist. Unter diesem Gesichtspunkt sei ein intensiver Austausch und ein besseres Ineinandergreifen auf Gewerkschaftsseite notwendig, hieß es weiter.

Die Art und Weise, wie die EU-Entscheidungsträger die Wirtschafts- und

Finanzkrise abgewickelt haben, sei ein Nährboden für die EU-Gegner gewesen, unterstrich CESI-Präsident Romain Wolff. Bei vielen Bürgern sei der Eindruck entstanden, dass die EU zwar ausreichend Geld zur Rettung von Banken zur Verfügung stelle, nicht jedoch, wenn es darum gehe, soziale Themen zu besetzen.

„Die EU hat in der Vergangenheit das Soziale zu sehr vernachlässigt und die Wirtschaftsfragen in den Vordergrund gestellt“, so Wolff. Dies sei Wasser auf die Mühlen der Populisten. Angesichts dieser Tatsache sei eine starke gewerkschaftliche Vertretung auf europäischer Ebene von großer Wichtigkeit, fügte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger bei. Arbeitnehmerorganisationen, die in europaskeptischen Staaten wie Ungarn und Polen tätig sind, seien auf die Rückendeckung der CESI angewiesen, um in ihrem Heimatland Türen zu öffnen.

Das Einhalten von roten Linien

Erst vor kurzem nahm die CESI eine neue russische Gewerkschaft, die eine Million Mitglieder zählt, als Beobachter

auf. Bei allen Bemühungen, den jungen Generationen die Augen vor den Entscheidungen der machthabenden Politiker zu öffnen, dürften manche roten Linien nicht überschritten werden, so die einhellige Meinung der Diskussionssteilnehmer. „Wenn es um Werte wie Gewaltenteilung, Demokratie, Rechtsstaatsprinzipien, Pluralismus und Minderheitenschutz geht, müssen wir unnachgiebig sein“, bekräftigte CESI-Generalsekretär Klaus Heeger.

Die Herausforderungen, mit denen die EU derzeit zu kämpfen habe, seien mannigfaltig. Schwer einzuschätzen sei, welche Folgen der Brexit haben werde, hieß es unisono in der Diskussionsrunde. Als würde das noch nicht reichen, könne zudem die Haushaltskrise in Italien Europa in den Abgrund ziehen.

Keine schlüssige Antwort gab es in Bezug auf eine mögliche EU-Balkanerweiterung. Seit ihrer Gründung im Jahr 1957 hat sich die EU von sechs auf 28 Mitgliedsstaaten vergrößert. Die EU-Kommission drängt nun auf einen raschen Beitritt der Westbalkan-Länder, obwohl die gesellschaftlichen Probleme dort enorm sind. Serbien und Montenegro zählen zu den Favoriten. Andere Staaten könnten nachziehen.

Kann sich Europa weitere Beitritte leisten und gleichzeitig Fortschritte in Fragen der Wirtschaft und der Sozialkonvergenz erzielen? Versteht sich eine Balkanerweiterung im Sinne einer vertieften Union oder eher im Interesse eines stabilen europäischen Wirtschaftsraumes, bei dem die Integration eine eher untergeordnete Rolle spielt? Trotz der unterschiedlichen Auffassungen zu diesem Thema herrschte beim CESI/CGFP-Austausch Einigkeit darüber, dass der Balkan drohe, sich wieder von Europa zu entfernen, falls die EU den betroffenen Staaten keine Beitrittsperspektiven in Aussicht stelle.

Max Lemmer

BEAUCOUP VOUS PROPOSENT DES CUISINES, CHEZ EFFETI NOUS VOUS FERONS CELA



CUISINE
IMPRONTA



Effeti
117, route d'Arlon - L-8009 Strassen
(ancien local Miele die Küche)

Tél.: 26 11 92 16
info@effeti.lu
www.effeti.lu

Kommunikationsseminar für CGFP-Delegation im dbb forum in Königswinter

Schlagfertig durchstarten – ja! Aber wie?

Reden kann jeder, klar! Doch das allein reicht nicht immer zum gegenseitigen Verständnis aus! Ob im Alltag oder im Beruf: Ständig entstehen Situationen, in denen wir mit anderen Menschen kommunizieren müssen. Dabei verlaufen diese Gespräche aus unserer Sicht oft nicht zufriedenstellend. Der erfahrene Dozent Michael Vetter lieferte im Rahmen der dbb akademie (Deutscher Beamtenbund) erprobte Ratschläge zur Verbesserung der Kommunikation. „Schlagfertig durchstarten“ lautete das Motto des Seminars, an dem Vertreter der CGFP-Mitgliedsorganisationen vom 25. bis zum 27. Oktober 2018 teilnahmen.

Das Wort „Kommunikation“ registriert bei Google ungefähr 35 Millionen Einträge. Mit anderen Menschen rund um den Globus in Kontakt zu treten, war noch nie so leicht wie heute. In Zeiten neuer Medien hat sich die Kommunikationsweise jedoch drastisch verändert. Wer nicht binnen weniger Minuten auf eine WhatsApp-Nachricht reagiert, muss fast schon mit einer Vermisstenmeldung rechnen. Trotz diverser technischer Hilfsmittel bleibt die Kommunikation für die meisten Menschen eine echte Herausforderung, da sie es gewohnt sind, direkt miteinander zu sprechen, um ihre Wünsche, Erwartungen und Bedürfnisse zu äußern.

Wie geht man mit schwierigen und aggressiven Gesprächspartnern um? Wie bleibt man souverän und gelassen, ohne dabei seine Authentizität zu verlieren? Wie kann man Sprachlosigkeit überwinden und stattdessen schlagfertig, aber respektvoll argumentieren? Ein Seminar, das Ende Oktober im Rahmen der dbb akademie in Königswinter stattfand, lieferte Antworten auf diese und viele andere Fragen. Der Rhetorik- und Kommunikationstrainer Michael Vetter, der zugleich auch Autor, Kabarettist, politischer Redakteur und Radiosprecher ist, bot einer 15-köpfigen CGFP-Delegation unzählige Strategien und Methoden zu einer vereinfachten Kommunikation an.

Auch wenn man es heutzutage endlich geschafft haben sollte, zeitweise das Handy beiseite zu legen, wird man dennoch überall, ob in der Straßenbahn,

an Haltestellen oder in Bahnhöfen, unfreiwillig mit Nachrichten überschüttet. Angesichts dieser Nachrichtenflut gilt es, klar und unmissverständlich zu kommunizieren, lautete ein erstes Fazit von Michael Vetter. Dabei sollte man stets berücksichtigen, dass jeder von uns stets Sender und Empfänger zugleich ist.

„Die Art der Kommunikation bestimmt Richtung und Ziel“, betont Vetter. Der Initiator des Gesprächs kann zwischen zwei Optionen entscheiden. Die sogenannte Konsensrhetorik setzt auf eine gegenseitige Vereinbarung. Die Dissensrhetorik, die z.B. in Polit-Talkrunden angewandt wird, hat eine völlig andere Ausrichtung. Ziel ist es, Recht zu behalten, indem man sich von seinem Gegenüber abgrenzt.

Bei der Konsensrhetorik ist es angebracht, keine Drohung auszusprechen. Falls das Drohpotenzial dennoch ausgesprochen wird, sollte es sofort wieder abgeschwächt werden. Der Gesprächspartner soll zum Mitmachen eingeladen werden. Führen wir hierzu ein Beispiel an, um dies zu verdeutlichen: Stellt ein Lehrer fest, dass ein Schüler regelmäßig für die Jahreszeit ungeeignete Kleider trägt, lädt er die Eltern des Kindes zu einem klärenden Gespräch ein. Tritt nach diesem Gespräch noch immer keine Besserung ein, hat der Lehrer zwei Möglichkeiten: Entweder er droht den Eltern mit Sanktionen, falls sich das Fehlverhalten wiederholen sollte, oder er sagt, dass er es sehr schade finden würde, wenn Sozialarbeiter eingeschaltet werden müssten.

Die zweite Herangehensweise ist moralisch und ethisch viel verbindlicher, so Vetter. Beim Umgang mit schwierigen Personen ist es angemessen, Hilfe anzubieten und einfühlsam zu agieren. Auch die Bedenken der Choleriker sollen so ernst wie nur möglich genommen werden. Zurückschreien ist mit Sicherheit das falsche Rezept. Besser ist es, die Verweigerungshaltung durch die emotionale Basis zu brechen.

Die A.U.D.I.-Methode

Konflikte lassen sich lösen, indem die Situation entzerrt wird: Statt z.B. den Disput im Treppenhaus zwischen Tür und Angel zu klären, ist es sinnvoller bei einer Tasse Kaffee in der Konditorei zu versuchen, eine Lösung durch sachliche Argumentation zu finden. Die Kommunikation wird wesentlich einfacher, wenn man durch eine Außenansicht Abstand zur Problematik gewinnt.

Für Nettigkeiten ist im Businessalltag oft nur wenig Platz. Da wir Menschen jedoch lieber Lob als Kritik einstecken, ist es ratsam, den Gesprächspartner gewinnbringend hochzuachten. „Lob ist ein brauchbares Instrument der Kommunikation, gegen das sich schwer wehren lässt“, unterstreicht Michael Vetter. Es verleitet die Menschen dazu, sich dem Gegenüber zu öffnen. Fortschritte werden besonders dann erzielt, wenn man vorab bestärkt wird. Lob setzt also Energien frei, mit denen sich Berge versetzen lassen.

Wichtig ist es, seinem Umfeld von Anfang an mitzuteilen, welches Ziel man verfolgt. Michael Vetter hat in diesem Zusammenhang die sogenannte A.U.D.I.-Methode entwickelt. Die Abkürzung dieser wirksamen Zielfindungsmethode steht für attraktiv, ultimativ, demonstrativ und inspirativ. Will heißen: Das erwünschte Ziel muss durch Attraktivität hervorstechen. Das Bestreben soll an eine „Deadline“ geknüpft werden. Der Ablauf des Vorhabens darf nicht unerwähnt bleiben. Jeder soll zudem seine Inspiration einbringen können, um somit Chaos zu vermeiden.

Damit das gesteckte Ziel erreicht wird, ist ein Plan unabdingbar. Ist dies nicht der Fall, werden wir Teil des Plans von jemand anderem, mahnt der Kommunikationstrainer. Dabei spielen Vermögen, Ausbildung und Hierarchie eine untergeordnete Rolle. Die Kommunikation auf Augenhöhe zwischen den Chefs und den Mitarbeitern ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Dennoch sollte jedem bewusst sein, dass ohne Führung nichts funktioniert, denn auch Erwachsene brauchen Regeln: Entweder wir führen selber oder wir lassen uns führen.

„Raus aus den Köpfen anderer Menschen“

Die Vermutung, wie sich unser Gesprächspartner verhalten wird, ist oft gesprächshemmend. Statt sich also darauf zu fokussieren, was andere hören oder sehen wollen, ist es viel nützlicher, das erwünschte Ziel zu vermitteln, getreu dem Motto „Raus aus den Köpfen anderer Menschen“.

„Jedem Handeln wohnt ein positiver Grundgedanke inne“, lautete eine weitere Maxime von Michael Vetter. Nörgelt z.B. eine Frau ewig an ihrem Mann herum, mit der Absicht ihn zu einem besseren Verhalten zu bewegen, neigt dieser oft dazu, sich zunehmend zurückzuziehen, da er nicht noch weitere Fehler begehen

möchte. Wenn beide Ehepartner ihre positiven Grundgedanken gleich zu Beginn aussprechen würden, könnten sie die Hindernisse leichter überwinden und ihre Probleme schneller lösen. Michael Vetter zieht daraus folgende Schlussfolgerung: „Niemand handelt, um uns zu schaden. Jeder handelt, um sich selbst zu schützen.“

Vertrauen ist die Grundlage für eine gute Kommunikation. Oder andersrum ausgedrückt: Je mehr wir uns und unserem Handeln vertrauen, desto leichter fällt es uns, auch anderen zu vertrauen. Unsicherheit wirkt dagegen lähmend. Je unsicherer wir uns fühlen, desto einfacher sind wir beeinflussbar. Durch das erarbeitete Vertrauen ist ein offenes Ergebnis viel leichter zu erzielen.

In der Kommunikation sollten auch die fünf Sinne, mit denen wir unsere Umwelt wahrnehmen, nicht außer Acht gelassen werden. Hören, Sehen, Riechen, Schmecken und Tasten, all dies kann positiv eingesetzt werden. Umso mehr Sinne wir einsetzen, desto wohler und sicherer fühlen wir uns. Wir begrüßen uns z.B. mit einem Handschlag und wir umarmen uns, um uns zu riechen. Die Liste von ähnlichen Beispielen könnte man unendlich weiterführen.

Wenn Menschen sich unterhalten, kann erschreckend viel schiefgehen. Wer es z.B. nicht schafft, sich mittels Betonung, Stimmlage und Atmung Gehör zu verschaffen, läuft Gefahr, ständig unterbrochen zu werden oder die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer zu verlieren. Merke: Gesprächspartner lassen sich auch durch die Sprachmodulation (offene Gesten, Lautstärke der Stimme usw.) stark beeinflussen. Eine veränderte Intonation ergibt einen völlig anderen Sinn. Das Wichtige wird exklusiv betont und bleibt somit hängen. Der Einfluss auf das Wohlbefinden erfolgt zudem durch die Atmung. Wird der Kopf hochgehalten, klingt die Stimme deutlich höher und umgekehrt.

Ob Vortrag, Konfliktgespräch oder Kundenbetreuung: Eine gute Vorbereitung und handfeste Argumente reichen allein nicht aus: Die Grundlage einer gelungenen Kommunikation ist ein wortgewandtes, sicheres Auftreten. Souveräne Menschen werden in der Regel viel seltener angegriffen als andere. Sobald sie auftreten, flößen sie durch ihre Sicherheit und Gelassenheit anderen Respekt ein. Wer verbale Angriffe gekonnt parieren kann, steigert seine Durchsetzungskraft.

Max Lemmer



Bei einer Tagung in Königswinter erhielten die Vertreter einiger CGFP-Mitgliedsorganisationen wertvolle Tipps vom Kommunikationsprofi Michael Vetter (7. von links).

MON PATRIMOINE GÉRÉ PAR MA BANQUE PRIVÉE À LUXEMBOURG

- ☑ MON PROJET IMMOBILIER À BRUXELLES
- ☑ LE MBA DE MA FILLE À LONDRES
- ☑ MA RÉSIDENCE SECONDAIRE À CANNES
- ☑ LA START-UP DE MON FILS À MUNICH
- ☑ MON VOILIER À MONACO



Réseau européen. Siège luxembourgeois.  EUROPEAN PRIVATE BANKERS

Viandes fraîches
Gibier - Volaille
Charcuteries
Salaisons

A WIETOR

VIANDES EN GROS

www.wietor.lu



19A, rue de Haller
L-6312 Beaufort
Tél : 83 64 85-1
Fax : 86 90 87



e-mail : wietor@internet.lu



METALICA HOME

TÜREN UND FENSTER PVC | ALU | HOLZ

VERANDA



SËCHER WUNNEN.

SHOWROOM:

MONTAG BIS FREITAG: 9 - 19 UHR | SAMSTAG: 9 - 16.30 UHR

SHOWROOM
VON 600 m²



METALICA

Home

181 RUE DE LUXEMBOURG | L-4222 ESCH/ALZETTE | TÉL. +352 55 21 56 | WWW.METALICA.LU

CESI-Bildungskonferenz in Lissabon mit CGFP-Beteiligung

Lehrer müssen sich in einer immer komplexeren Welt zurechtfinden

In einer permanent und sich immer rascher wandelnden Welt stehen Lehrer und Lehrerinnen überall vor nie dagewesenen Herausforderungen. Nicht nur die Globalisierung, Digitalisierung und Radikalisierung, sondern auch die zunehmenden sozialen Spannungen machen dem Berufsstand schwer zu schaffen. Vor diesem Hintergrund fand am 22. und 23. November das CESI Akademie-Symposium „Lehrpersonal und Gewerkschaften in Europa: Horizont 2025“ in Lissabon statt. Zwei Tage lang diskutierten die Vertreter aus 14 europäischen Ländern – unter ihnen auch eine CGFP-Delegation – über Lösungen für die Zukunft. Die Ergebnisse einer Podiumsdiskussion fließen nun in ein Lehrer-Manifest ein, das an die EU-Kommission weitergeleitet wird.

In all den Jahren, in denen sich die EU im Krisenmodus befand, wurden soziale Ungleichheiten drastisch verschärft. Die Schule war zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr die treibende Kraft, um allen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – dieselben Chancen zu eröffnen. 2017 setzten die politischen EU-Entscheidungsträger die Bildung wieder ganz oben auf ihre Agenda. Und das nicht ohne Grund!

Ein leistungsstarkes Bildungssystem schützt vor Arbeitslosigkeit und trägt dazu bei, die tiefen Gräben innerhalb der Gesellschaft zu überwinden. In einer Welt des digitalen Wandels und politischer Verschiebungen kommt der Bildung eine zentrale Bedeutung zu. Was brauchen Schulen jetzt? Wie sieht die Zukunft des Lehrerberufs aus? Wie können die Schulinstitutionen als gesellschaftlicher Dreh- und Angelpunkt mit den heutigen Herausforderungen Schritt halten? All diesen Themen widmete sich eine zweitägige Konferenz, die auf Betreiben der CESI, der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften, in Lissabon stattfand.

Unsere Gesellschaft sei derzeit mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert, betonte CESI-Generalsekretär Klaus Heeger in seiner Eröffnungsrede: zum einen die digitale Revolution, zum anderen die Radikalisierung unserer Diskurskultur. Digitalisierung mache uns frei, unabhängig, selbstständig und ermögliche blitzschnelles Agieren und Reagieren, so Heeger. Gleichzeitig schützte sie uns aber mit einer Flut an Informationen zu, ohne dabei zwischen Wahrheit und Lüge zu unterscheiden. Die Folgen davon seien der drohende Verlust unseres Urteilsvermögens sowie die Gefahr einer zunehmenden Verrohung der Sprache, in der Radikalisierung und gewaltbereiter Extremismus prächtig gedeihen, setzte Heeger nach.

Der Aufwind, den die radikalen Parteien zurzeit erleben, und die Radikalisierungsprozesse unter manchen Jugendlichen, würden einem vor Augen führen, dass die Schule der Zukunft sich nicht nur darauf beschränken könne, künftige Arbeitnehmer auszubilden, unterstrich Jean-Claude Halter, Präsident der CESI-Akademie Europa. Ziel müsse es sein, künftige Bürgerinnen und Bürger auch moralisch auszubilden. Dieser Denkanstoß zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Debatte. Menschen, die keine Ideale mehr verfolgen und nicht an ihre eigene Zukunft glauben, würden sich von schädlichen Ideologien beeinflussen lassen. Dieser gefährlichen Entwicklung könne man nur entgegenwirken,



Starke luxemburgische Teilnahme bei der CESI-Bildungskonferenz (v.l.n.r.): Patrick Remakel (CGFP), Marco Thomé (FGFC), Romain Wolff, Steve Heiliger, Gilbert Goergen (CGFP).

indem man in den Schulen versuche, ein Gleichgewicht zur Vermittlung von Fachwissen und inneren Werten zu schaffen.

Wie alle „helfenden“ Jobs bringt auch der Lehrerberuf Belastungen mit sich, die nicht selten zu psychischen und körperlichen Erschöpfungssymptomen führen. Das Leiden der Lehrer werde immer alarmierender, betonten gleich mehrere Redner. Depressionen, Burnout und Verzweiflung würden häufig in einen Krankenstand münden. Erschwerend hinzu komme die subtile Gewalt, die in vielen Klassenräumen für Chaos Sorge. Manche Lehrer würden sich sogar derart schämen, dass sie es meiden darüber zu berichten. Herrsche ein schlechtes Klima im Schulraum, lasse sich Wissen kaum vermitteln. Die politisch Verantwortlichen würden sich unterdessen oft machtlos erklären.

Die Würde der Lehrer wiederherstellen

Früher hätten Lehrer noch als Respektspersonen in der Gesellschaft gegolten. Heute jedoch wecke die Anerkennung der Arbeit, die von den Lehren ausgeht, weitaus weniger Interesse. Die Würde der Lehrer müsse deshalb wiederhergestellt werden, lautete eine der Hauptschlussfolgerung. Nur so könnten Jugendliche auf das Erwachsenenleben vorbereitet werden.

Die berufliche Zufriedenheit und der Wert, den die Gesellschaft dem Lehrerberuf zuschreibe, seien wichtige Indikatoren für all jene, die diesen Beruf ausüben. Finnland, das in Bildungsfragen als Musterbeispiel gelte, sei der einzige EU-Mitgliedsstaat, in dem der Lehrerberuf bei mehr als 50 % der Bürger sehr positiv wahrgenommen werde. Die EU-Durchschnittsquote liege jedoch unterhalb von 20 %!

Es verwundere also kaum, dass die zunehmend geringer werdende Wertschätzung des Lehrerberufs in vielen Ländern inzwischen zu einem Engpass bei der Einstellung von neuen Lehrern geführt hat. In manchen Staaten zeige sich der chronische Mangel an Fachlehrern derart ausgeprägt, dass bereits die Lehrpläne abgeändert werden mussten.

Einig waren sich die Konferenzteilnehmer in Lissabon über die Notwendigkeit, die Qualität des Lehrerberufs zu verbessern, sowie dessen Attraktivität zu steigern. Die Gehälterfrage sei dabei sicherlich nicht ausschlaggebend. Sie trage jedoch dazu bei, dass viele Menschen einen anderen Beruf vorziehen. Nur in Finnland würden es die meisten Menschen bevorzugen, Lehrer zu werden, obwohl andere Be-

rufszweige weitaus lukrativer seien. Die Erklärung dafür sei das hohe Ansehen, das Lehrer in Finnland genießen.

Lehrerbildung nicht vernachlässigen

Ausgerechnet im Bildungswesen sei in vielen Ländern seit Jahren nahezu kein Lohnzuwachs erkennbar. Hinzu komme, dass in der Vor- und Primärstufe die Gehälter in der Regel niedriger seien als in der Oberstufe. Diese Situation löse ein Genderphänomen aus: Die überwiegend weiblichen Lehrkräfte, die in der Vorstufe unterrichten, würden bedeutend weniger verdienen als die mehrheitlich männlichen Kollegen in der Oberstufe.

Damit der Lehrerberuf während der gesamten Laufbahn Freude bereite, reiche es nicht aus, ununterbrochen zu wiederholen, Bildung sei wichtig, hieß es übereinstimmend. Vielmehr bedürfe es einer fachlichen Qualifikation. Trotz des teilweise akuten Lehrermangels dürfe die Qualität der Lehrerbildung nicht vernachlässigt werden. Junge Lehrer sollten gleich zu Beginn ihrer Laufbahn unterstützt werden und die Möglichkeit erhalten, ihre Kompetenzen zu erweitern. Die Einführung eines Systems, bei dem die Berufseinsteiger schrittweise Verantwortung übernehmen, sei eine Möglichkeit, den Stress junger Lehrer zu drosseln.

Auf der Fachtagung in Lissabon herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass bei der Lehrerbildung das Gewicht allzu sehr auf den Inhalt gelegt wird, statt auf die Art, wie das Wissen vermittelt wird. Einer europäischen Stu-

die zufolge räumen mehr als die Hälfte der befragten Lehrer ein, dass sie Mängel bei der praktischen Ausübung ihres Berufs empfinden. Das sei fast so, als ob der Pilot eines Flugzeugs den Passagieren kurz vor dem Start mitteilen würde, er sei nicht ausreichend für seinen Flug vorbereitet, bemerkte ein Redner treffend.

Digitale „Tools“ als Hilfsmittel

Die Achillesferse der EU sei ein allgemeiner Rückgang der Grundkompetenzen bei den Schülern, stellte Rodrigo Ballester, Mitglied des Kabinetts von EU-Bildungskommissar Tibor Navracsics fest. Jeder fünfte Schüler in Europa könne nicht richtig lesen und schreiben. Der Mangel an Kenntniswissen werde immer gravierender. Kritik an der EU sei durchaus berechtigt, vorausgesetzt, dass diese auf Wissen und nicht auf „Fake News“ beruhe.

In Bezug auf die digitale Technologie gelte es, wachsam zu bleiben, so Ballester. Keineswegs handele es sich um eine Zauberlösung für alles. Bei einem falschen Umgang mit der digitalen Technologie sei man nur noch einen Fingerbreit von der sozialen Abgrenzung entfernt.

Können soziale Netzwerke die Kommunikation im Bildungsbereich tatsächlich revolutionieren? Natürlich bringen sie neue Probleme mit sich (wie z.B. „Fake News“, Cybermobbing, Mediensucht usw.). Die digitalen Ressourcen sollten Teil der Bildung sein, damit ihr verantwortungsvoller Gebrauch vermittelt und die Schüler fit für die Zukunft gemacht werden können, betonten die Diskussionsteilnehmer. Zugleich wurde vor einer Überbewertung der Digitalisierung gewarnt. Andere Lehrmethoden dürften nicht völlig außer Acht gelassen werden.

Die digitalen „Tools“ müssten so angepasst werden, dass sie den Bedürfnissen aller entsprechen. An die Lehrer ging der Aufruf, sich nicht nur strikt an die Anweisungen zu halten. Es sei wichtig, den Schülern Autonomie und Kompetenz beizubringen, ohne sie sich selbst zu überlassen. Junge Menschen bräuchten ein zielgerechtes, individuelles Feedback. Die digitalen Kompetenzen seien dabei sehr hilfreich. Inhalte würden sich somit besser verinnerlichen lassen. Wenn dieses „Gimmick“ die Schüler beim Lernen ansporne, sei das Ziel erreicht.

Max Lemmer



Chambre des fonctionnaires et employés publics

«Éviter des divergences en termes de qualité d'enseignement parmi les lycées»

Avis sur

le projet de règlement grand-ducal modifiant le règlement grand-ducal modifié du 14 juillet 2005 déterminant l'évaluation et la promotion des élèves de l'enseignement secondaire général et de l'enseignement secondaire classique

Par dépêche du 26 avril 2018, Monsieur le Ministre de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse a demandé l'avis de la Chambre des fonctionnaires et employés publics sur le projet de règlement grand-ducal spécifié à l'intitulé.

Le projet en question s'inscrit dans le cadre des réformes de l'enseignement secondaire. Il vise notamment à adapter la réglementation en vigueur en matière de promotion et d'évaluation des élèves de l'enseignement secondaire général à la «nouvelle offre linguistique», c'est-à-dire la reprise du concept des cours de base et des cours avancés dans le domaine de l'apprentissage des langues dans les classes de 4^e et de 3^e de l'enseignement secondaire général.

Le projet prévoit en outre la modification de nombreuses autres dispositions de la réglementation précitée, dont celles traitant des critères d'accès aux différentes divisions et sections de l'enseignement secondaire général, cela du fait de la création de certaines nouvelles sections dans cet ordre d'enseignement.

Le texte soumis pour avis à la Chambre des fonctionnaires et employés publics appelle les observations suivantes.

Remarques d'ordre général

La Chambre fait d'abord remarquer que les modalités de l'organisation pratique de la différenciation entre cours à niveau de base et cours à niveau avancé ne sont nullement détaillées dans le projet de règlement grand-ducal. Ainsi, il n'est pas précisé si la différenciation entre niveau de base et niveau avancé se fait de façon interne ou de façon externe. Différencier de manière interne signifie que l'enseignant devrait être capable d'enseigner simultanément à deux niveaux, ce qui est extrêmement difficile et entraîne une surcharge de travail très conséquente, sans qu'une rémunération soit a priori prévue. Il s'agirait d'une nette détérioration des conditions de travail nuisant gravement à l'attractivité d'un métier ayant déjà de très graves problèmes au niveau du recrutement du personnel enseignant. Différencier de manière externe, à savoir regrouper les élèves par auditoires à divers niveaux, engendre des contraintes au niveau de l'horaire hebdomadaire.

Il serait d'une importance cruciale d'uniformiser le mode de différenciation en le fixant dans le futur règlement grand-ducal, afin d'éviter des divergences en termes de qualité d'enseignement parmi les lycées. En laissant aux lycées le choix du mode de différenciation, on risque que l'égalité des chances pour les élèves ne soit plus garantie. Comme la Chambre des fonctionnaires et employés publics est d'avis que la différenciation interne déprécie fortement la qualité de l'enseignement, elle se prononce vivement pour l'introduction d'un modèle de différenciation externe et identique pour tous les établissements. Le cas échéant, il faudrait trouver un moyen

pour gérer les contraintes au niveau de l'horaire.

En ce qui concerne les critères de promotion, ils sont en général devenus nettement plus complexes et donc moins compréhensibles pour les élèves et leurs parents et même pour le personnel enseignant et les directions. Ceci n'est pas sans rappeler l'effet désastreux que la complexification à l'extrême des critères de promotion de l'enseignement professionnel a entraîné, menant à la situation dramatique bien connue qui risque de se reproduire dans le domaine couvert par le texte projeté. En même temps, le flou provoqué par l'introduction des «couloirs de notes» récemment introduits risque de mener à des discussions interminables lors des conseils de classe. Pour chaque «note de couloir», et surtout pour une note entre 26 et 29 points, le conseil de classe devra décider si elle est à considérer comme suffisante ou comme insuffisante. Il est à relever que les conseils de classe sont composés d'experts pédagogiques qui ont suivi l'évolution individuelle de chaque élève des classes concernées au cours de l'année scolaire. De ce fait, les membres d'un conseil de classe sont parfaitement aptes à juger, au cas par cas, si des adaptations de notes sont appropriées ou non et ils ne nécessitent nullement des «couloirs de notes» définis de façon imprécise par un règlement grand-ducal.

La Chambre ne peut donc pas marquer son accord avec les «couloirs de notes» (notes entre 26 et 29 points et entre 36 et 39 points) prévus par le texte sous avis (cf. article 2, point 1^o, lettre a, et article 9, alinéa 4, point 2; alinéa 5, point 5; alinéa 6, point 8).

La question de la promotion est nettement trop importante et cruciale pour formuler de manière floue des propos vagues et non concrets dans le texte officiel d'un règlement grand-ducal.

Examen du texte

Ad préambule

La Chambre prend note que, une fois de plus, on s'est contenté de la mention «Les avis de la Chambre d'agriculture, de la Chambre de commerce, de la Chambre des fonctionnaires et employés publics, de la Chambre des métiers, de la Chambre des salariés (...) ayant été demandés» au préambule du projet de règlement grand-ducal. Cette mention ne correspond pourtant pas aux usages puisque la formule consacrée se lit: «Vu les avis de la Chambre (...)».

À ce sujet, la Chambre des fonctionnaires et employés publics tient d'ailleurs à signaler qu'il découle de deux jugements du tribunal administratif, rendus le 12 octobre 2016 et le 24 janvier 2017, que le simple procédé «de pure forme et stérile» de solliciter l'avis d'une chambre professionnelle sans l'attendre, ou au moins laisser à celle-ci un délai suffisamment long pour se prononcer, constitue en fait une violation de la loi, alors que la

chambre n'est pas effectivement et raisonnablement «en mesure de finaliser son avis» et de remplir ainsi une mission lui imposée légalement.

Ad article 9

L'article 9 prévoit l'insertion d'un nouvel article 6quinquies – concernant «la promotion en classe (sic: il faudra écrire «classes») de 4^e et de 3^e de l'enseignement secondaire général» – dans le règlement grand-ducal modifié du 14 juillet 2005 déterminant l'évaluation et la promotion des élèves de l'enseignement secondaire général et de l'enseignement secondaire classique.

D'après le premier alinéa de cet article 6quinquies, «(...) l'enseignement du français en classes de 4^e et de 3^e de l'enseignement secondaire général est organisé par des cours de base et des cours avancés, si la langue véhiculaire prévue pour l'enseignement des disciplines non linguistiques est majoritairement l'allemand».

En réalité, bon nombre d'élèves – en particulier ceux qui parlent une langue maternelle d'origine latine – ont de sérieux problèmes pour atteindre une note suffisante en allemand dans le système actuel à niveau unique, tandis qu'ils n'ont pas de soucis à comprendre les contenus des disciplines non linguistiques dans cette langue. Au vu de cela, il est tout simplement injuste d'offrir la possibilité de suivre un cours de base en français pour les élèves ayant des difficultés en français, alors que les élèves plus faibles en allemand sont contraints de suivre un cours à niveau unique, voire de changer d'établissement afin de disposer de la possibilité de suivre un cours de base en allemand.

Concernant l'alinéa 5 de l'article 6quinquies, il a la teneur suivante:

«Par dérogation aux dispositions du présent règlement, pour l'élève inscrit au cours avancé en classe de 4^e:

1. qui a obtenu une note annuelle insuffisante dans le cours avancé, le conseil de classe décide qu'il est admissible au cours de base en classe de 3^e de l'enseignement secondaire général. En cas d'une note annuelle insuffisante inférieure à 20 points, le conseil de classe impose une mesure d'appui. Le refus de s'acquiescer de la tâche imposée entraîne des mesures éducatives;
2. une note annuelle insuffisante au cours avancé est uniquement prise en compte pour le calcul de la moyenne générale annuelle; elle n'est pas prise en compte pour la détermination du seuil d'échec;
3. une note annuelle insuffisante au cours avancé ne peut donner lieu ni à un travail de révision ni à un travail de vacances;
4. une note annuelle insuffisante au cours avancé n'est pas considérée lorsqu'il s'agit d'appliquer les dispositions concernant la compensation, l'ajournement ou l'échec du présent règlement (...).

L'ensemble des mesures détaillées ci-dessus constitue une forte dévalorisation de la langue enseignée à

deux niveaux dans le cycle moyen de l'enseignement secondaire général.

Étant donné qu'une note annuelle insuffisante dans le cours avancé ne peut plus conduire à un travail de vacances dont la non-réussite empêche la promotion, l'élève est nettement moins incité à s'investir dans l'apprentissage de la langue. Même une note gravement insuffisante (inférieure à 20 points) n'impliquera plus de travail de vacances, mais entraînera simplement une mesure d'appui sans aucune valeur certificative. En supposant que le niveau du futur cours avancé ne soit pas significativement plus élevé que le niveau de l'actuel cours unique, obtenir 01 point dans le cours avancé du nouveau système permet d'être promu de la classe de 4^e vers la classe de 3^e, ce qui dans l'ancien système à niveau unique n'était possible qu'à la condition d'avoir obtenu au moins 30 points.

Au-delà, le fait qu'une note annuelle insuffisante dans le cours avancé n'est plus prise en compte pour la détermination du seuil d'échec aura des conséquences pour toutes les autres branches figurant sur la grille horaire.

Prenons un exemple concret et fréquent: un élève d'une classe de 4^e GIG a une moyenne annuelle de 22 points en français et une telle de 20 points en chimie. Sa moyenne générale pondérée est de 36 points. Selon les critères de promotion actuellement en vigueur, cet élève compense l'une des deux notes insuffisantes (par exemple le français) et il doit concevoir un travail de vacances dans l'autre branche (en chimie). Suite à l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions en matière de promotion, ce même élève – en supposant qu'il soit inscrit en français au niveau avancé – pourra compenser la note insuffisante en chimie et il sera alors admis en classe de 3^e GIG avec le seul désavantage qu'il devra poursuivre le cours de français au niveau de base.

Des considérations analogues peuvent être avancées concernant l'article 6quinquies, alinéa 6 (points 3 à 5) qui règle les critères de promotion après la classe de 3^e.

Au vu des remarques présentées ci-avant, la Chambre des fonctionnaires et employés publics estime que les modifications projetées déprécient fortement la valeur de la langue pour laquelle l'élève est inscrit au cours avancé, ne l'incitent guère à l'assiduité et assouplissent davantage les critères de promotion.

Pour conclure, la Chambre tient à relever qu'elle ne s'oppose pas à l'idée d'une organisation de l'enseignement des langues au cycle moyen du régime technique par des cours à niveau de base et des cours à niveau avancé. Néanmoins, après examen des dispositions réglementaires afférentes projetées et au vu de toutes les observations qui précèdent, la Chambre des fonctionnaires et employés publics ne peut pas approuver, sous sa forme actuelle, le projet de règlement grand-ducal lui soumis pour avis.

PUBLI-REDACTIONNEL

Profitéiert vun Ären Acquis fir d'Zukunft ze gestalten.

INTERVIEW

Raoul Stefanetti vun der BIL



Wéi soll ee säi Verméige geréieren, gewënnbréngend uleeën an et un déi zukünfte Generatiounen iwwerdroen? Op dës Fro ginn et keng fäerdege Äntwerten. All Situatioun ass ënnerschiddlech a verlaangt eng ausgiebig Kenntnes. Déi richteg Léisunge loosse sech nëmme am Austausch an am Gespréich fannen, an dat genau ass d'Roll vum Private Banking, wéi et eis de Raoul Stefanetti erkläert.

Ëm wat handelt et sech beim Private Banking?

De Private Banking, och nach Wealth Management genannt, ëmfaasst verschidden Servicer, wéi d'Investitionsberodung oder d'Gestion discrétionnaire vun engem Portefeuille, d'Strukturéierung vum Patrimoine, d'Planifikatioun vun der Ierfschaft an d'Bereetstellung vu Kreditter. D'Missioun vum Private Banker ass Spezialisten aus alle Beräicher vum Finanzmanagement ronderëm de Client ze versammele fir him ze hëllefen seng kuerz- oder laangfristeg Projeten ze realiséieren an dobäi seng aktuell Situatioun a säi potenziell zukünfteg Akommes ze berécksiichtegen.

Wéi ënnerscheede sech Är Servicer vun der Konkurrenz?

Si sinn ganz accessibel. Bei eis ass de Seuil, fir vun de Servicer profitéieren ze kënnen, vill méi niddereg wéi bei anere Banken. All Client, deen eng finanziell Aktiva vu 500.000 Euro oder méi huet, huet Zougang zu eise Private-Banking-Servicer. Dës Accessibilitéit erkennt een och duerch d'Disponibilitéit an d'Flexibilitéit vum Clientsberoder, deen all Client zur Verfügung steet. Hien ass einfach ze errechen, assuréiert e reegelméissege Suivi, antizipéiert d'Besoin vum Client, äntwert séier op dem Client seng Demanden a kënnt an déi noosten Agence vum Client, a bei Bedarf och bei de Client Heem.

Mir sinn eng universell an innovativ Bank, wat och en anere wichtege Atout ass. Mir kënnen op all d'Demandé vun eise Clienten äntweren, esou verschidde se och sinn. Als Kreditinstitut kënnen mir esou eiser Clientèle verschidde Prêtsformule proposéieren fir de Kaf vun enger Wunneng oder Geschäftsraum, zu Lëtzebuerg oder am Ausland.

Eis laang Erfahrung am Corporate Finance erméiglecht eis, d'Patrone bei all hire Projeten ze begleeden, sief et professionell oder privat. Mir kënnen hinnen och bei der Acquisitioun oder der Transmissioun vun enger Entreprise hëllefen.

Wéi maacht Dir et, Äre Clienten aviséiert a personaliséiert Rotschléi ze ginn?

Ab dem Ufank vun der Relatioun mam Client hu mir en oppent Ouer fir hien a stellen him e Maximum u Froen iwwer seng Finanz-, Familien- a Verméigenssituatioun. Wat ass seng Geschicht? Wat sinn seng Erwaardungen a seng Constraints? Wat sinn seng Präferenzen wat d'Investissementer betrëfft? Wat ass säi Kenntnesstand op de Finanzmäert? Mir loosse keen Detail aus a schwätzen all Aspekt vu sengem Liewen un. D'Zil vun dësem Virgespréich ass et, de Client gutt kennenzelieren an eng global, an net nëmme finanziell, Vue iwwer säi Verméigen ze hunn, fir him duerno personaliséiert Rotschléi, déi perfekt op seng Situatioun passen, mat op de Wee ze ginn.

Fir dës privilegiéiert Relatioun mam Client opzebauen, muss hie sech wuel fillen, well hien eis Elementer uvertraut, déi mat grousser Diskretioun traitéiert musse ginn. D'Vertraue vum Client ass



en indispensable Element am Ausübe vun eise Beruff. Dofir verfüge mir iwwer eng Equipe, déi sech aus verschidde Personalitéiten, méisproocheg a multikulturell, zesummetellt. Mir kënnen net nëmme eis Clienten a praktesch all de Sproochen empfänken, ma hinnen och deen Interlocuteur proposéieren, deen am beschten zu hirem Charakter an hirem sozio-kulturelle Profil passt. Mir verlaange vun eise Mataarbechter och wichtege Qualitéiten, wéi Grëndlechkeet, Performance, Nolauschteren, Empathie, Integritéit an Offenheet.

Iwwerdauert dës privilegiéiert Relatioun Generatiounen?

Absolutt. Eist Zil ass, eis Cliente laangfristeg ze begleeden, an dësen Accompagnement gëtt vu Generatioun zu Generatioun iwwerdroen. Zu menge Clienten zielen zum Beispill dräi Generatiounen vun enger Famill, déi ech all perséinlech kennen. Ech si souzosen e familiäre Vertraute fir si ginn, op dee si ziele kënnen fir alles wat d'Finanzen an de Patrimoine betrëfft.

Dës Kontinuitéit vu Generatioun zu Generatioun resultéiert virun allem duerch de Fait, dass mir eise Beruff andauernd evoluéieren doen. An enger Welt, déi ëmmer méi vernetzt ass, sinn d'Cliente besser informéiert a méi exigent. Mir hunn eis dës neier Situatioun ugepasst: Mir sinn net nëmme vill present um Internet, wou mir e Maximum u wichtege Informatiounen bereetstellen (virun allem iwwer eise Site my-life.lu), ma mir hunn och d'Aktiounsberäicher vun eise Clientsberoder erweidert. Si gi vun internationalen Experten ënnerstëtzt, déi an hirem Beräich spezialiséiert sinn an déi all d'Informatiounen um Internet, déi net ëmmer fiabel sinn, interpretéieren kënnen. Mir sinn dovun iwwerzeegt, dass eis Clienten ëmmer de Besoin hunn, beroden an ënnerstëtzt ze ginn, an dass näischt, och kee Roboter, d'moosgeschneidert Léisungen, déi mir hinne proposéieren, ersetze kann. Fir eis, bei der BIL, steet de Mënsch ëmmer un eisichter Stell.

Raoul Stefanetti, Head of Private Banking Luxembourg

Zesammen, fir lech

Profitéiert vun Ären Acquis fir d'Zukunft ze gestalten. Well Dir Äre Patrimoine no Äre Besoinen gestalt hutt, erwaart Dir vun Ärer Bank, dass si lech eenzegaarteg Léisungen proposéiert, déi lech entsprechen. BIL Private Banking ass fir lech do, fir dass Dir Zäit mat deene verbréngen kënnt, déi lech um Häerz leien.



PRIVATE BANKING

Banque Internationale à Luxembourg SA, 69 route d'Esch, L-2953 Luxembourg, RCS Luxembourg B-6307 – 4590-5000 www.bil.com

Dezember 2018



YOUR STYLE

Peu importe la couleur que vous désirez, nous pouvons la mixer pour vous! Venez découvrir notre gamme de peinture intérieure et extérieure.



Ihre Treppe leicht hinauf und leicht hinunter.

Entdecken Sie den Treppenlift und den Hauslift von thyssenkrupp.

Kostenloses Preisangebot und Beratung unter 40 08 96.

luxembourg@thyssenkrupp.com
www.thyssenkruppascenseurs.lu



thyssenkrupp

L'union fait la force!



CGFP

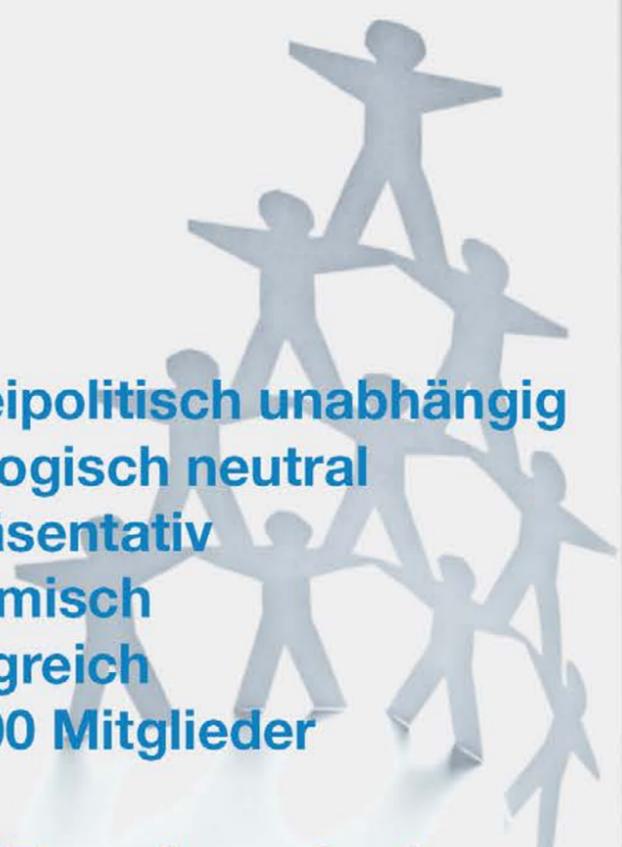


CGFP

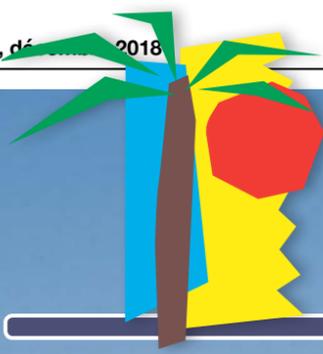


CGFP

- eine Erfolgsgeschichte

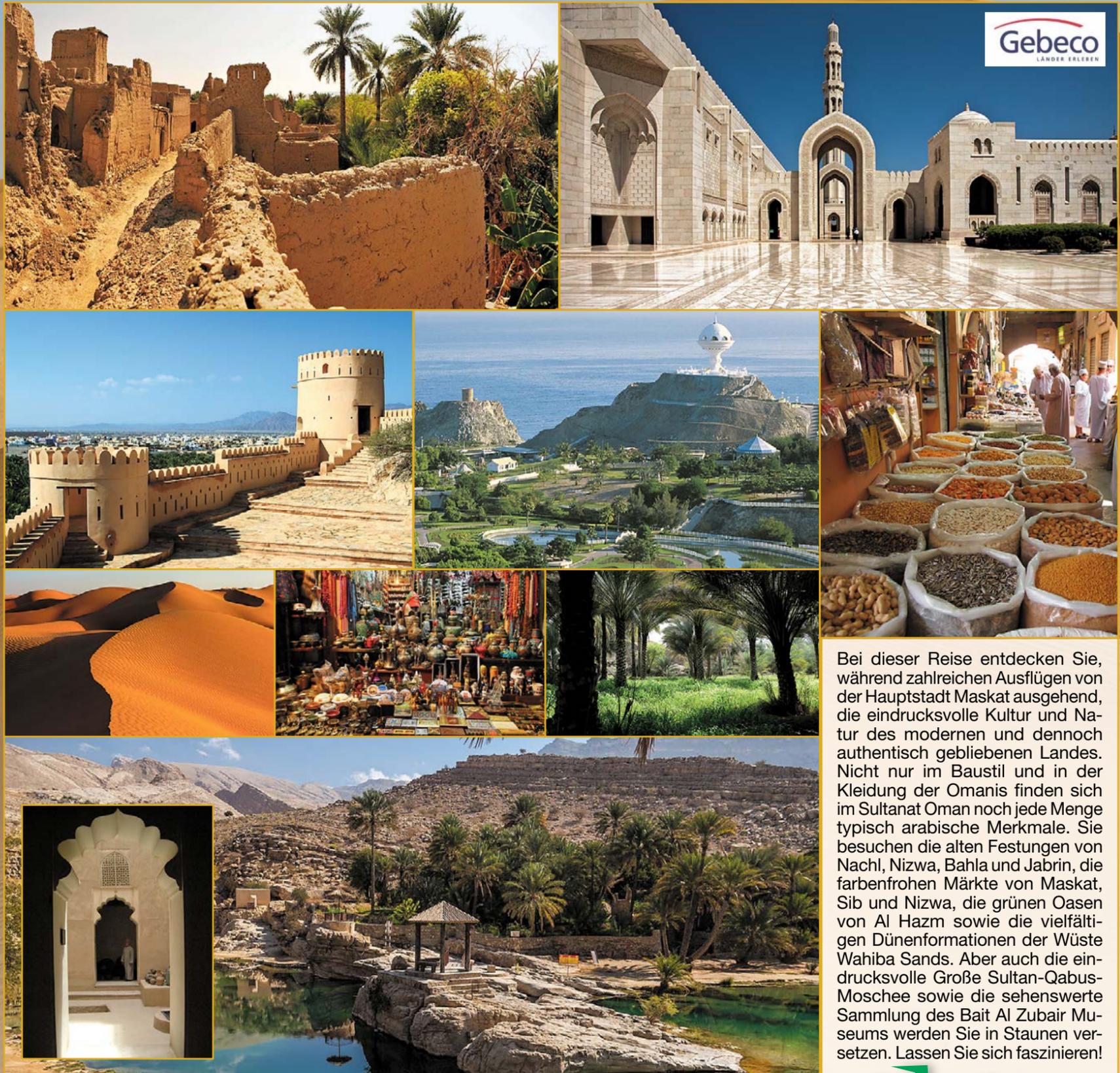
- 
- **parteilos unabhängig**
 - **ideologisch neutral**
 - **repräsentativ**
 - **dynamisch**
 - **erfolgreich**
 - **30 000 Mitglieder**

Ihre Berufsvertretung



LUX VOYAGES

OMAN
authentisches Arabien
9-Tage-Erlebnisreise



Gebeco
LÄNDER ERLEBEN

Bei dieser Reise entdecken Sie, während zahlreichen Ausflügen von der Hauptstadt Maskat ausgehend, die eindrucksvolle Kultur und Natur des modernen und dennoch authentisch gebliebenen Landes. Nicht nur im Baustil und in der Kleidung der Omanis finden sich im Sultanat Oman noch jede Menge typisch arabische Merkmale. Sie besuchen die alten Festungen von Nachl, Nizwa, Bahla und Jabrin, die farbenfrohen Märkte von Maskat, Sib und Nizwa, die grünen Oasen von Al Hazm sowie die vielfältigen Dünenformationen der Wüste Wahiba Sands. Aber auch die eindrucksvolle Große Sultan-Qabus-Moschee sowie die sehenswerte Sammlung des Bait Al Zubair Museums werden Sie in Staunen versetzen. Lassen Sie sich faszinieren!

Reisepreis ab 1.695€* / Person im DZ inklusive

- Linienflug mit Turkish Airlines (Eco) von Frankfurt bis Maskat und zurück
- Transfers und Ausflüge in komfortablen klimatisierten Reisebussen
- 7 Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel Ramee Guestline in Maskat (DZ mit Bad oder Dusche und WC)
- 7x Frühstück, 6x Abendessen
- Eintrittsgelder, Nationalparkgebühren und Jeepsafari laut Programm
- Qualifizierte deutschsprachende Erlebnisreiseleitung
- Ausgewählte Reiseliteratur

Termine 2019: 17.01. / 07.02. / 21.03. / 04.04. / 19.09. / 10.10. / 21.11.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Orient-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1
info@luxvoyages.lu

*3% CGFP-Exklusivrabatt für CGFP-Mitglieder, generell auf allen Pauschalreisen, Kreuzfahrten, Hotel- und Mietwagenreservierungen.



Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause